P R O T O K O L L

über die 11. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 30. Oktober 1986, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VI Z E B Ü R G E R M E I S T E R :

Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsl

Erich Sablik

Ing. Othmar Schloßgangl

Rudolf Steinmaßl

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Josef Brandstötter

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Walter Hahn

Karl Hochrather

Mag. Gerhard Klausberger

Herbert Lang

Johann Manetsgruber

Günther Mayrhofer

Rudolf Pickl

Ernst Platzer

Erna Probst

Franz Ramoser

Franz Rohrauer

August Schlager

Gertrude Schreiberhuber

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Otto Tremel

Alfred Wallner

Christine Wieser

Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR, Dr. Franz Knapp

Dr. Kurt Schmidl

SR, Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK,

Dr. Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Ha-5688/86	Verein "Ferienheim der OÖ. Gemeindebediensteten"; Gewährung einer Subvention.
GHJ2-4609/85	Objekt Michaelerplatz 2 (Bürgerspital); Adaptierung von Wohnungen.
Wa-2000/86	Gesamtgestaltung Wehrgraben; energiewirtschaftliche Nutzung des Steyr-Flusses im Stadtgebiet; Erstellung eines Rahmenplanes.
K- 8100/85	Kuraktion für Steyrer Pensionisten in Bad Gastein.
SH-648/86	Abstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße; Grundeinlösung (Restzahlung); Ergänzung zum GR-Beschluß vom 3. 4. 1986.
Bau3-266/80	Ankauf einer drahtlosen Mikrofonanlage; Ergänzung zum StS-Beschluß vom 7. 11. 1985.
GHJ1-3903/85	Umbau Rathaus Steyr im Bereich des Stadtbauamtes.
Bau5-2180/86	Feuerwehrrzeughaus Münichholz; Übernahme der Kosten für die Kleiderablage.
Bau5-877/84	Ankauf einer Registrierkasse für die städt. Zentralbücherei.
GHJ1-5980/86	Cafe-Konditorei Klaus Berrner, Steyr; Gewerbeförderung.
Ge-1277/86	Touristenverein "Die Naturfreunde"; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-5879/86	Verein "Gemeinsam für Gerechtigkeit" - 3. Welt-Laden, Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-5611/86	Kindergarten Plenkberg; Dacherneuerung; Auftragserweiterung.
GHJ2-7426/85	Aktion "Minus 10 Prozent"; Durchführung von Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten.
VerkR-3915/86	Errichtung einer Schutzwegsicherungsanlage an der Kreuzung Schillerstraße - Arbeiterstraße - Adlerstraße - Kammermayrstraße.
VerkR-5112/86	Ankauf einer externen Hochleistungsbatterie für Zwecke des Stadtbauamtes.
Bau2-2456/86	Herstellung der Grundbuchsordnung im Bereich der Steiner Straße; Durchführung vermessungstechnischer Arbeiten.
Bau3-1240/84	Alois Puchner bzw. Puchner GesmbH, Steyr; Gewerbeförderung.
Bau5-3717/85	Fa. Lötsch GesmbH, Gewerbeförderung.
Bau6-884/86	

Bau6-1782/76	Reinhalungsverband Steyr und Umgebung; Zentrale Kläranlage - Schlammmentwässerung und Mülldeponie der Stadt Steyr; chemische Untersuchungen.
San-6237/86 F-395/73	Ankauf eines Lungenfunktionsmeßgerätes für die MA X. Aktion "Essen auf Rädern"; Ankauf eines Fiat Ducato-Kastenwagens 10 (Ersatzbeschaffung).
Ha-1479/84	Verein "Arbeitslosen-Selbsthilfe Steyr"; Sanierung Distlbergergut; Kostenüberschreitung.
Bau4-1251/85	Neubau der Inneren Reiterbrücke; Detailprojekt; Ergänzung des StS-Beschlusses vom 7. 2. 1985.
Bau4-1251/85	Neubau der Inneren Reiterbrücke; Errichtung des rechten Widerlagers.
ÖAG-7953/85 Städt. Wi-Hof	Ankauf eines Schneepfluges für den neuen Lkw des Städtischen Wirtschaftshofes.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-579/85 Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung des Jahres 1984; Äußerung der Stadt; Gegenäußerung des Rechnungshofes; Prüfungsergebnis hinsichtlich der inneren Revision; Kenntnisnahme.
- 2) Sport-1922/86 Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Sportler und Funktionäre.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 3) Ha-5744/86 Aufnahme eines Kommunaldarlehens bei der Sparkasse Steyr.
- 4) Ha-5776/86 Aufnahme eines Kommunaldarlehens bei der Creditanstalt Bankverein.
- 5) Ha-4935/86 Gewährung von Gemeindedarlehen an die Mieter der Wohnhausanlage Steinfeldstraße 6 und 8.
- 6) Ha-4761/86 Wirtschaftsverein Arbeiterheim Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention bzw. eines Darlehens zur Renovierung der Casino-Säle.
- 7) Ha-6435/86 Jugendinformationszentrum Steyr, Eisengasse 3; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- 8) Ha-3136/74 Abwasserbeseitigungsanlage der Stadt Steyr, Bauabschnitt 05; Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds; Annahmeerklärung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 9) Bau3-2830/86 Errichtung eines Geh- und Radweges Ennser Straße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 10) Bau3-3982/86 Straßenbau Wehrgrabengasse und Fabrikstraße - 1. Teilabschnitt.
- 11) Bau3-941/86 Verlegung der Winklinger Straße infolge Kantenabbruchs an der linksufrigen Konglomeratbank.
- 12) Bau3-6277/85
Bau6-6278/85
Bau3-3858/86
Bau6-3859/86 Aufschließung der Gewerbegründe Ennser Straße; Teil 1 und 2; Straßen- und Kanalbau.
- 13) SH-4771/76 Seniorenpaß; Gutscheine für kulturelle Veranstaltungen; Erhöhung des Bonwertes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 14) Ges-15/86 Zufahrt zu den Neubauten der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft "Am Dachsberg"; Straßenbenennung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 15) ÖAG-6209/86 Bundesstraßenbaulos Bad I - Haratzmüllerstraße; Verlegung einer Gashochdruckleitung und Neuverlegung des Trinkwasserversorgungsstranges im Bereich Pumpwerkberg.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 16) Bau2-3950/63 Infangsiedlung; Übernahme der Aufschließungsstraßen in das öffentliche Gut.
- 17) Bau3-3956/81 Übernahme der Aufschließungsstraße Fellinger-Siedlung in das öffentliche Gut.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß den Statuten entsprechend einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich bitte die Gemeinderäte Hermann Bachner und Roman Eichhübl um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Entschuldigt sind Kollege Wieser und unser Vizebürgermeister Wippersberger, der allen Mitgliedern des Gemeinderates seine besten Grüße übermitteln läßt. Er befindet sich auf dem Wege der Besserung. Ich habe Gelegenheit gehabt, ihn einmal zu besuchen und habe selbstverständlich die Grüße aller Mitglieder des Gemeinderates übermittelt und ihm baldige Besserung gewünscht.

Meine Damen und Herren, bevor wir zu den Mitteilungen des Bürgermeisters kommen, darf ich Sie bitten, sich von den Sitzen zu erheben.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist mir eine ehrende Verpflichtung, an dieser Stelle eines Mannes zu gedenken, der durch 25 Jahre dem Gemeinderat unserer Stadt angehört hat. Am 7. Oktober dieses Jahres ist August Moser im 91. Lebensjahr stehend verstorben. Mit seinem Tod ist nicht nur ein Stück der Steyrer Arbeiterbewegung, sondern auch ein Stück der Geschichte unserer Stadt von uns gegangen.

Da er sicher vielen Mitgliedern des Gemeinderates, des heutigen Gemeinderates nicht persönlich bekannt war, darf ich mit einigen Sätzen sein Wirken in Erinnerung rufen. August Moser, der schon in jungen Jahren als Arbeitervertreter engagiert war, mußte nach den Ereignissen des Februar 1934 seine Heimat verlassen und lebte bis nach Ende des 2. Weltkrieges in der aufgezwungenen Emigration. Nach seiner Rückkehr entsandte ihn im Jahre 1946 die kommunistische Partei, der er sich mittlerweile zugewandt hatte, in den Gemeinderat der Stadt Steyr. Aufgrund der damaligen Stärkeverhältnisse erhielt er im Jahre 1952 einen Sitz im Stadtsenat, den er bis zum Jahre 1961 inne hatte. Er blieb aber auch dann noch im Gemeinderat und machte im Jahre 1971 einem jüngeren Nachfolger Platz. August Moser zählte, wie man es heute gerne zu bezeichnen pflegt, zu den Männern der ersten Stunde. Er war mit dabei, als in der schweren Nachkriegszeit zu den vorrangigsten Anliegen ein täglich gedeckter Tisch und ein Dach über dem Kopf zählten, und es darum ging, die Trümmer des großen Krieges zu beseitigen. Seinen politischen Vorstellungen folgend, war sein Sinn und Trachten auf die Verbesserung des Loses der arbeitenden Menschen ausgerichtet, ohne dabei jemals das Maß für das Gesamtwohl der Stadt aus dem Auge zu verlieren. Er war in zahlreichen gemeinderätlichen Ausschüssen unermüdlich tätig und brachte dort stets in konstruktiver Form sein Wissen und seine Ideen ein. Als Stadtrat trug er 9 Jahre lang zu zahlreichen für die Stadt zukunftsweisenden Entscheidungen und Beschlüssen bei. Die Stadt Steyr hat August Moser in Anerkennung seines langjährigen verdienstvollen Wirkens als Mitglied des Gemeinderates und des Stadtsenates zum Wohle der Stadt Steyr und ihrer Bewohner durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr geehrt. Die Stadt und der Gemeinderat werden August Moser stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, so wie fast bei jeder Sitzung darf ich Ihnen auch diesmal einige Mitteilungen übermitteln. Zunächst eine Mitteilung über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage.

Aus dem letzten Bericht des Arbeitsamtes Steyr über den Monat September 1986 ergibt sich folgendes: Ende September waren beim Arbeitsamt Steyr 1.178 Männer und 911 Frauen, gesamt also 2.089 Personen arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vormonat sind dies um 10 (- 0,5 %) weniger, wobei allerdings bei den Männern weiterhin ein Zuwachs (+ 30 oder 2,6 %) zu verzeichnen ist, bei den Frauen dagegen eine Senkung um 40 oder 4,2 %. Hauptgewicht des Rückganges liegt bei den Büroberufen, hier ist bei den weiblichen Arbeitslosen ein Rückgang um 20,1 % (das sind 45

Frauen) zu verzeichnen. In allen anderen Berufsabteilungen besteht jedoch sowohl bei Männern als auch bei Frauen ein zwar kleines, aber stetiges Ansteigen der Vorgemerktenzahlen. Der Jahresvergleich fällt auch im abgelaufenen Berichtszeitraum sehr schlecht aus: gesamt waren im September 1986 um 462 oder 28,4 % mehr Personen als 1985 gemeldet. Davon entfallen auf männliche Vorgemerkte 353 (42,8 %), auf weibliche 109 (13,6 %). Wie sich die Lage verschlechtert hat, zeigt vielleicht folgender Vergleich: Heuer sind alleine in den Produktionsberufen in Industrie und Gewerbe mit 819 so viele Männer vorgemerkt, wie es im Vorjahr insgesamt, also inklusive Handel, Dienstleistung, technischer und Büroberufe waren. Die Lage der Metallwirtschaft ist weiterhin durch Personalüberhänge in der Fahrzeugindustrie gekennzeichnet. Die bereits getätigten und die noch kommenden Freistellungen prägen ganz wesentlich das wirtschaftliche Bild der Region und lassen für die Zukunft keinerlei optimistische Aussichten zu.

Am Ende des Berichtszeitraumes wurde von der Fahrzeugindustrie eine Anzeige eingebracht, wonach 600 Personen wegen schlechter Auftragslage ab November 1986 freizustellen sind. Diese Meldung spiegelte sich deutlich in einer Anfang Oktober gemachten Umfrage wider: nur 25 % der befragten Betriebe glauben, daß die weitere wirtschaftliche Entwicklung ohne deutliche Einbrüche verlaufen wird. Alle anderen sehen der Zukunft, und hier speziell dem nahenden Winter, mit größter Sorge entgegen.

Soweit der Bericht der Arbeitsmarktverwaltung in Steyr, der sicher alles andere als erfreulich für unsere Stadt und für unsere Region ist.

Eine kurze Mitteilung zum Stand bezüglich der Erreichung eines Sonderförderungsabkommens für die Krisenregion Steyr. Trotz der vom Gemeinderat in der Sitzung vom 30. Jänner 1986 einstimmig beschlossenen Resolution wurde bisher das im Jänner 1984 zwischen dem Land Oberösterreich und dem Bund abgeschlossene Sonderförderungsabkommen nicht wieder verlängert. Die in der Zwischenzeit entstandene Krisensituation - und ich meine die Kündigungen in der Steyr-Daimler-Puch AG - haben mich zur abermaligen direkten Kontaktnahme mit der Bundes- und Landesverwaltung veranlaßt. Aus Gesprächen mit dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Dr. Streicher, ist zu entnehmen, daß seitens des Bundes an ähnliche Unterstützungsmaßnahmen, wie sie für die Obersteiermark in Aussicht genommen wurden, gedacht wird. Demonstrativ ist dabei zu verweisen auf die Aktion 50/55, die Anhebung der Arbeitsplatzförderung von S 100.000,- auf S 200.000,-, die Einsetzung besonderer Kreditaktionen, Gewährung von günstigen ERP-Krediten, die Einsetzung der Elektronikförderung, die Anhebung der Investitionsprämie oder schließlich alternativ die Einräumung einer mehrjährigen Steuerbefreiung. Am 14. 10. 1986 habe ich gemeinsam mit Vizebürgermeister Holub einen Besuch bei dem für Wirtschaftsförderung zuständigen Landesrat Dr. Leibenfrost vorgenommen und es wurden auch von dieser Seite durchaus positive Zusagen gemacht. Auf Grund dieser Situation kann zwar nicht mit einer Verlängerung des Sonderförderungsabkommens gerechnet werden, aber doch mit anderen wirtschaftsfördernden Maßnahmen für unsere Region. Die Stadt hat sich in diesem Zusammenhang erlaubt, ihrerseits auf mögliche Förderungsmöglichkeiten hinzuweisen und hat Herr Landesrat Dr. Leibenfrost diese Vorschläge grundsätzlich gebilligt bzw. deren nähere Prüfung zugesagt.

Ich habe mich diese Woche noch einmal telefonisch im Büro des Herrn Landesrates Leibenfrost erkundigt, es ist damit zu rechnen, daß in allernächster Zeit zwischen Bund und Land die Verhandlungen nicht nur fortgesetzt werden in dieser Richtung, sondern daß auch damit zu rechnen ist, daß es zu einem positiven Abschluß kommt.

Meine Damen und Herren, schließlich möchte ich Ihnen noch einen Brief des Herrn Bundeskanzlers Dr. Vranitzky zur Kenntnis bringen, der aufgrund unseres Schrei-

ben gekommen ist.

Der Brief ist vom Oktober 1986 und lautet:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Österreichische Bundesregierung hat aus dem Unfall von Tschernobyl die Konsequenzen gezogen und erklärt, auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zu verzichten. Die Nachbarstaaten Österreichs haben eine derartige Schlußfolgerung auch aufgrund der zu Österreich unterschiedlichen Gegebenheiten nicht gezogen. Einige von ihnen haben erklärt, daß ein Ausstieg aus der Kernenergie unter den gegebenen wirtschaftlichen und versorgungstechnischen Umständen für sie nicht denkbar sei. Die Bundesregierung ist daher bestrebt, die Gefährdung der österreichischen Bevölkerung durch Atomenergieanlagen im Ausland so weit wie möglich zu verhindern, und hat mit allen die Kernenergie nutzenden Nachbarstaaten Verhandlungen für Abkommen über Fragen der Kernenergie aufgenommen. Mit der Tschechoslowakei ist ein solches Abkommen bereits seit Juni 1984 in Kraft. Es ist damit gewährleistet, daß Österreich alle notwendigen Informationen erhält, um seine Vorschläge zur Reaktorsicherheit an kompetenter Stelle anbringen zu können. Mit Ungarn, Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland wird noch verhandelt. Im letzteren Fall bereits in einem sehr fortgeschrittenen Stadium. In diesen Gesprächen macht Österreich seine Verhandlungspartner auf seinen Standpunkt zur Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie aufmerksam, kann jedoch einen Vertragsabschluß nicht davon abhängig machen, daß sich der Vertragspartner zu einem Ausstieg aus der Kernenergie verpflichtet. Österreich beruft sich bei diesen Gesprächen insbesondere auf die einschlägigen Prinzipien der OECD und macht sowohl seinen Wunsch nach Zurückstellung des Projektes Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf als insbesondere auch Bedenken im Hinblick auf die Auswirkungen der Wiederaufbereitungsanlage auf Österreich geltend. Die Bundesregierung wird im Rahmen der völkerrechtlichen Möglichkeiten auch weiterhin alles zum Schutz der österreichischen Bevölkerung und ihrer natürlichen Lebensgrundlagen unternehmen. Mit freundlichen Grüßen - Ihr Vranzitzky.

Ich habe diesen Brief zur Kenntnis gebracht. Man sieht, daß unsere Aktivitäten in diesem Zusammenhang doch auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich am Ende meiner Mitteilungen.

Ich bitte Sie nun um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS. Danke. Damit kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen und ich bitte dazu Kollegen Holub um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In meinem ersten Antrag geht es darum, daß ich Sie ersuchen darf, den Bericht des Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte darauf hinweisen, daß der Rechnungshof für den Bereich der Stadt Steyr eine Überprüfung der Gebarung für das Jahr 1984 vorgenommen; außerdem erfolgte eine Überprüfung der Gebarung der Stadt Steyr hinsichtlich der inneren Revision. Dem Magistrat ist zunächst ein Rohbericht zugegangen, der im Zuge einer Schlußbesprechung mit den Prüfungsorganen des Rechnungshofes in den einzelnen Punkten genau erörtert wurde. Zum endgültigen Prüfbericht wurde der Stadt abermals ein Äußerungsrecht eingeräumt und der Prüfungsvorgang schließlich durch eine Gegenäußerung des Rechnungshofes abgeschlossen. Der Rechnungshof bemängelte mehrere Bereiche, wovon jedoch nach abermaliger Äußerung der Stadt lediglich die Punkte 4 und 5 übrigblieben. Der Punkt 4 betrifft die Reisegebührenvorschrift. Hier wurde bereits die Anordnung getroffen, sich den Weisungen bzw. Empfehlungen des Rechnungshofes anzuschließen. Der Punkt 5 betrifft das Bauvorhaben der Eishalle. Dieser Punkt blieb in der Kritik des Rech-

nungshofes als offen übrig. Es wird sicherlich noch Gelegenheit sein, in der Debatte darauf einzugehen. Der Rechnungshof bemängelte dabei im wesentlichen die Vergabe der Planung an eine ausführende Unternehmung, da für die Planungsleistungen in der Regel Ziviltechniker zu beauftragen seine. Auch in diesem Punkt kann sich die Stadt nicht der Meinung des Rechnungshofes anschließen, da es nach der derzeitigen Gesetzeslage den Auftraggebern (auch öffentlichen) freisteht, Planungsaufträge sowohl an Ziviltechniker als auch an Bauunternehmungen (Baumeister) zu vergeben. Darüberhinaus wurden im gegenständlichen Fall die besonders günstigen Konditionen (Anwendung der GOA 1976 mit geringeren Gebührensätzen als die GOA 1980, Nachlaß von 20 %, Verzicht auf das Planungshonorar bei der Auftragserteilung für die Bauausführung) vom Rechnungshof nicht entsprechend berücksichtigt. Gemäß Art, 127 a Abs. 5 des B-VG idF. von 1929 und § 18 Abs. 7 des Rechnungshofgesetzes 1948 muß das Prüfungsergebnis, die Äußerung der Stadt und die Gegenäußerung des Rechnungshofes dem Gemeinderat vorgelegt werden; das gleiche gilt für die Überprüfung der Gebarung hinsichtlich der inneren Revision. Die Prüfberichte des Rechnungshofes wurden in der Sitzung des gemeinderätlichen Prüfungsausschusses vom 25. 9. 1986 erörtert. Auf dieser Grundlage ist nunmehr die Vorlage an den Gemeinderat erforderlich.

Der Antrag lautet:

1) Präs-579/85

Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung des Jahres 1984; Äußerung der Stadt; Gegenäußerung des Rechnungshofes; Prüfungsergebnis hinsichtlich der inneren Revision; Kenntnisnahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung des Jahres 1984, die Äußerung der Stadt, die Gegenäußerung des Rechnungshofes und das Prüfungsergebnis hinsichtlich der inneren Revision werden nach vorheriger Behandlung im gemeinderätlichen Prüfungsausschuß zur Kenntnis genommen.

Ich bitte Sie um die Beschlußfassung.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Debatte über diesen Punkt. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir ein paar Worte zum vorliegenden Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung von Teilgebieten des Jahres 1984. Ich möchte da bezüglich der Höhe der Repräsentationsausgaben unter Berücksichtigung der nicht rosigen Budgetsituation unserer Stadt zu mehr Sparwillen auffordern. Wenn man bei den Repräsentationsausgaben des Jahres 1984, also des Prüfungszeitraumes, die Pro-Kopfquote bei den Städten über 20.000 Einwohner in Österreich betrachtet, ist Steyr mit S 30,84 – zum Vergleich einige oberösterreichische Städte, Linz S 10,91, Wels S 17,37, Traun S 13,98 – negativ führend in ganz Österreich.

Der Rechnungshof schwächt zwar in der Beurteilung der Kopfquoten ab und gibt zu bedenken, daß auch die Anzahl der kulturellen Veranstaltungen, Kongresse, der Fremdenverkehrs usw., zu berücksichtigen sind. Aber ein sorgsamer Umgang mit den Steuergeldern der Bürger wäre sicherlich angebracht. Wir könnten uns da beim Land Oberösterreich ein Beispiel nehmen, das mit S 5,09 pro Kopf an zweiter Stelle hinter Niederösterreich mit S 4,50 liegt. Der Durchschnitt der Repräsentationsausgaben von 1980 bis 1984 betrug in unserer Stadt S 923.000,-. 1984 lagen die Ausgaben um rund 30 Prozent höher als der Durchschnitt.

Gegenüber 1983 betrug die Steigerung sogar 60 Prozent. Diese gewaltige Steigerung der Repräsentationsausgaben wird seitens des Magistrates mit der Amtseinführung des neuen Bürgermeisters und der damit verbundenen außerordentlichen zusätzlichen Verpflichtungen begründet. Überdies ist durch das Jubiläumsjahr 1980 der Bekanntheitsgrad der Stadt erhöht worden, so daß unsere Stadt vermehrt als Tagungsort gewählt wurde und wird. Trotzdem, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, unter Berücksichtigung der genannten Zahlen nochmals mein Appell zum Sparen. Insbesondere wenn ich mir die Zahlen des Voranschlages 1985 bzw. des Nachtragsvoranschlages 1985, verglichen mit dem Rechnungsabschluß 1985 und der darin enthaltenen gewaltigen Steigerungen anschau. Zu den Empfängen hat der Rechnungshof beanstandet, daß die Kosten der Klausurtagung der Bundesregierung im Jänner 1984 von S 140.000,-, die zunächst von der Stadt getragen aber vom Bund ersetzt wurden, im Februar 1985 - also 1 Jahr später, noch nicht rückverrechnet worden waren. Ich hoffe, dies ist mittlerweile geschehen.

Zur Reisegebührenbemängelung, großzügige Vollziehung der Reisegebührenvorschrift, was bei uns im Bundesdienst, wo ich tätig bin, zum Teil zu Disziplinarverfahren geführt hätte, hat die Magistratsdirektion Konsequenzen für die Zukunft gezogen durch Anlegung strengerer Maßstäbe.

Zum Bauvorhaben Eishalle, Bemängelung der Vergabe der Planung, hält ja der Magistrat, wie wir von Bürgermeister Schwarz gehört haben, an der Meinung fest, daß mit dem Planungsauftrag aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen sehr wohl eine Baufirma und nicht nur ein Ziviltechniker beauftragt werden kann.

Alle anderen im Rechnungshofbericht angezogenen Punkte können aufgrund der Äußerungen der Stadt als gegenstandslos betrachtet werden. Danke.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für den Beitrag. Als Nächster gemeldet ist Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte noch einmal auf den Rechnungshofbericht eingehen, und zwar auf die Darstellung des Herrn Bürgermeisters. Ich finde es sehr wichtig, daß der Rechnungshofbericht für den Bereich der Stadt Steyr eine Überprüfung der Gebarung für das Jahr 1984 vorgenommen hat. Außerdem erfolgte eine Überprüfung der Gebarung der Stadt Steyr hinsichtlich der inneren Revision. Daraufhin ist dem Magistrat ein Rohbericht zugegangen, der im Zuge einer Schlußbesprechung mit den Prüfungsorganen des Rechnungshofes in einzelnen Punkten genau erörtert wurde. Anschließend zum endgültigen Prüfungsbericht wurde der Stadt abermals ein Äußerungsrecht eingeräumt und der Prüfungsvorgang schließlich durch eine Gegenäußerung des Rechnungshofes abgeschlossen. Der Rechnungshof gibt hier bekannt, daß es unterschiedliche Auffassungen gibt hinsichtlich des Begriffes Repräsentation. Es gibt auch keinen Begriffsinhalt hinsichtlich des Wortes Repräsentation. Für den Bereich der Bundesländer und der Gemeinden fehlt eine derartige Rechtsvorschrift generell. Der Rechnungshof hielt es daher für geboten, seine auch für internationale Gepflogenheiten gestützte Auffassung zum Begriff der Repräsentation darzulegen. Unter Repräsentationsausgaben ist daher der Aufwand zu verstehen, der einer Gebietskörperschaft, Magistrat Steyr, bei der Erfüllung dieser Aufgaben erwächst. Der Rechnungshof führt an, was grundsätzlich nicht unter Repräsentationskosten verstanden werden kann. Z. B. wenn der Magistrat Steyr zu seinen Bediensteten in Verbindung tritt und hierfür Gelder verwendet werden. Verfügungsberechtigte Personen des Magistrates Steyr dürfen Ehrenkarten, Spenden, Trinkgelder, Blumenspenden, kleine Einladungen sowie sonstige Spenden und Gaben ähnlicher Natur nicht als Repräsentationsausgaben rückvergütet bekommen. Freiwillige Sozialleistungen, das sind Ausgaben des Magistrates an die eigenen Be-

diensteten, Ausgaben für Ehrungen und Auszeichnungen sowie für Städtekontakte und Partnerschaften, sind zwar im weitesten Sinne als Repräsentation anzusehen, sollten jedoch gesondert ausgeworfen werden. Dies allein bringt der Rechnungshof vor nur zum Begriff Repräsentation. Die GAL Steyr hat sich besonders gefreut über diesen Punkt, denn wir haben schon in unserer letzten Budgetrede gesagt, daß das Budget unklar ist. Auch der Rechnungshof ist dieser Auffassung, daß eine gewisse Budgetklarheit sich ergeben sollte bei den Ausgaben von Repräsentationen. Demnach fordert der Rechnungshof die Vertretung der Stadt Steyr auf, daß begründete Repräsentationsverpflichtungen in den Ansätzen, bei den Ländern in der Gruppe 0, Abschnitt 01 und Abschnitt 011, Repräsentationen in 012, Ehrungen und Auszeichnungen bei den Gemeinden in der Gruppe 0, Abschnitt 06, Unterabschnitt 062, Ehrungen und Auszeichnungen, oder Unterabschnitt 063, Städtekontakt und Partnerschaften unter der Postengruppe 723, veranschlagt werden sollten. Es ist nicht so klar hier in diesem Haus, daß dies auch geschieht, ansonsten hätte der Rechnungshof das ja nicht bemängelt. Bei meinen Ausführungen bekam ich immer nur ein Lächeln, wenn ich gesagt habe, das Budget ist unklar. Jetzt stellt es der Rechnungshof fest und es wird wieder gelächelt. Ich denke mir, da gibt es eigene Auffassungen und der Rechnungshofbericht wird wahrscheinlich auch nicht so genommen, wie er genommen werden sollte, nämlich ernsthaft. Der Rechnungshof gibt außerdem eine Statistik bekannt, wonach jeder Österreicher S 2,92 bezahlt für Repräsentationsausgaben. Die Stadt Steyr ist wohl das Unerfreulichste überhaupt. Die SPÖ mit ihrer Zweidrittelmehrheit bestimmt, wieviel Geld an Repräsentationskosten ausgegeben wird. Und so werden eben S 30,84 pro Einwohner in einer Stadt mit über 20.000 Einwohnern vergeben oder verschleudert. Die Stadt Wels, die etwas größer ist und international bekannter durch die internationale Messe, gibt ganze S 17,37 aus. Hier ist doch ein ganz wesentlicher Unterschied. Man sollte sich wirklich Gedanken machen, warum wird in Steyr um so viel mehr Geld für Repräsentationszwecke ausgegeben. Die Stadt Steyr erhöhte ihre Repräsentationsausgaben vom Jahr 1983 mit 751.000,- Schilling auf 1984 auf 1.200.100,- Schilling, das sind genau um S 550.000 Schilling mehr. Mir ist unerklärlich, wie man um die Hälfte mehr Geld für Repräsentation ausgeben konnte. Der Rechnungshof stellt hiezu fest unter Punkt 1, 7-1, Klausurtagung der Bundesregierung in Steyr. Ich finde schon gut, wenn die Bundesregierung nach Steyr kommt und sich Sorgen macht um unsere Steyrer Bürger und hier Konferenzen abhält, mit den Leuten spricht. Nur müßte sie auch so weit sein, daß sie das bezahlt. Wenn die Stadt Steyr erst mit Auflage dieses Rechnungshofberichtes eine Forderung an die Bundesregierung gestellt hätte, daß diese Repräsentationskosten bezahlt werden müssen, dann frage ich mich, gibt es hier Verbindungen. Der Rechnungshof bemängelt bis zum Zeitpunkt der Überprüfung. Hier der Text. Der Rechnungshof bemängelt: bis zum Zeitpunkt der Überprüfung wurden die Kosten von S 140.000,- nicht in Rechnung gestellt. Ein anderer Punkt, Punkt 2, Zulage für leitende Bedienstete. Die Zuerkennung der Verwaltungszulage, Verwendungszulage, ist eine Geldzuwendung für qualitative Mehrleistung. Durch einen Stadtsenatsbeschluß getroffen. Hier fordere ich den Stadtsenat auf, künftig das Recht in Gebrauch zu nehmen, den § 44/2 anzuwenden des Stadtstatutes, Anträge, die eine finanzielle Zuwendung, Verwendungszulage oder Verwendungsabgeltung über längere Zeit hinweg vorsehen, selbständig an den Gemeinderat weiterzuleiten. Es ist, wie Kollege Spöck vor mir ausgeführt hat, bei den Bundesangestellten oder Landesangestellten üblich, wenn man solche Verfehlungen macht, daß disziplinarische Maßnahmen gesetzt werden. Ich kann nicht verstehen, daß Leute nach Linz in 25 Minuten hin und retour fahren und andere brauchen 2 Stunden. Ich denke mir der mit den 25 Minuten müßte der Nicki Lauda gewesen sein, daß er das schafft. Der mit den 2 Stunden so denke ich mir, das ist eine angemessene Zeit. Es wurde keines dieser Beispiele beanstandet von den Vorgesetzten, das wird toleriert. In 25 Minuten von Steyr nach Linz zu fahren und wieder zurück, wer bringt das zusammen?

Der Rechnungshof stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Zuwendungen in den Statutarstädten sich wesentlich voneinander unterscheiden. Ich kann mir bei allem guten Willen nicht vorstellen, daß man solche Zuwendungen nicht kontrolliert, daß man diese Nebengebührenwerte einfach ausbezahlt ohne Kontrolle dieser Vorlagen. Der Rechnungshof bemängelt das Fehlen einer Nebengebührenverordnung, er empfahl, eine derartige Ordnung zu erlassen.

Zu dieser Ausführung Nebengebühren, im Jahre 1983 wurden 5,225.000 Schilling ausbezahlt, im Jahre 1984 bereits S 5,610.000,-, also eine ganz herrliche Steigerung. Reisegebühren im Jahre 1983 S 303.000,-, im Jahre 1984 bereits S 326.000,-. Wie der Rechnungshof feststellt, wich die Reisegebührenregelung der Stadt Steyr von jener des Landes Oberösterreich in folgenden Punkten ab: Zuschuß zur Nächtigung bis zu 200 von 100. Ich kann mir nicht vorstellen, daß jemand eine Abweichung in diesem Ausmaß überhaupt tolerieren kann; Zuschlag zu Tagesgebühren von 30 von 100, wenn ein anderes Bundesland bereist wird, so gibt es bereits diese Zulage. Wenn jemand nach Haidershofen essen fährt, so bekommt er diese 30 von 100 Prozent an Zulagen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DIR. DKFM. HELMUT ZAGLER:
Zur Nächtigung dazu, weil er beim Essen schläft, oder wie?

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich sage hier nur, was der Rechnungshof feststellt und ich lese das ja nur vor, Herr Gemeinderat Zagler. Nach Ansicht des Rechnungshofes widersprach diese Gebührensregelung der Bestimmungen des § 2 des Statutargemeindebeamtengesetzes. Hier wird das ja eindeutig gesagt, ich verstehe die Aufregung nicht. Der Gemeinderat beschloß die Übernahme der landesgesetzlichen Bestimmungen für Reisegebühren. Aufgrund dieser Mängel in der Nebengebührenverordnung, da es eben keine gibt, wurde dann im Gemeinderat eine solche beschlossen, und zwar im Jahre 1985. Der Rechnungshof überprüfte nun diese Reisegebührenverordnung, die nachträglich vom Gemeinderat sanktioniert wurde, und stellte wieder fest, daß z. B. ein Pressegespräch in Linz, das um 9 Uhr begann und um 14 Uhr endete, dafür gab es eine Auszahlung der Tagesgebühr von einem Drittel. Es besteht überhaupt kein Anspruch, stellt der Rechnungshof fest. Der Rechnungshof stellt fest, das ist wortwörtlich abzulesen, Nebengebühren werden ausgezahlt in der Höhe von 65 Schilling für eine Parkgebühr. Die Belege dazu sagen, es gab Kosten von S 25,- plus S 15,- und einen Gutschein von S 25,- für eine Sportartikelfirma. Ich kann einfach nicht verstehen, daß hier anscheinend Leute am Werk sind, die wegen S 25,- einen Beleg vorlegen, der dann auch noch akzeptiert wird. Man kann den Beleg ja zurückstellen, man muß das ja nicht auch noch auszahlen. Wenn man einen Gutschein bekommt ..

Verschiedene Zwischenrufe.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich würde vorschlagen, daß der Redner ausreden soll.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Danke. Außerdem sage ich ja nur das, was im Rechnungshofbericht dezidiert steht. Herr Gemeinderat Zagler, lesen Sie den Rechnungshofbericht, dann kommen Sie darauf, daß das drinnen steht. Der Rechnungshof vertritt die Ansicht, daß beim Rechnungsleger die entsprechende Sorgfalt, und beim zuständigen Vorgesetzten die notwendige Überprüfung zu vermissen ist.

Ein anderes Beispiel, der Rechnungshof stellt fest, eine Dienstreise am 5. und 6. 11. 1984 nach Wien. Der Antragsteller ließ sich eine dreitägige Netzkarte verrechnen. Er war aber nur 2 Tage in Wien, verrechnete aber trotzdem eine dreitägige Netzkarte.

Herr Gemeinderat Tremel hat offensichtlich den Rechnungsbericht auch nicht gelesen, sonst müßte er wissen, daß die Nebengebühren nur von Steyr nach Wien verrechnet werden und nicht in Wien eine Netzkarte dazu. Das stellt auch der Rechnungshof fest und gab zu bedenken, nach der Reisegebührenverordnung wäre nur das billigste Verkehrsmittel von und zum Bahnhof des Bestimmungsortes zu verrechnen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man am dritten Tag diese Netzkarte noch benötigt, wenn man zwei Tage fahren konnte. Der Rechnungshof stellte außerdem fest, eine Dienstreise am 19. 10. 1984 nach Linz, volle Tagesgebühr für die Zeit von 7.30 bis 17 Uhr. Es wurden keine Angaben über das Verkehrsmittel oder die Zurechnungszeit vorgelegt. Es hätte nur eine Tagesrechnung von S 200,- verrechnet werden dürfen, die die RGV nur eine Verrechnung von 2/3 vorsieht. Ich bin eben der Meinung, daß man hier versuchen müßte, etwas kostengünstiger zu wirtschaften, da der Rechnungshof ja dies nicht unbegründet festgestellt hat. Zum Bauvorhaben Eishalle möchte ich den Rechnungshofschlußbericht vorlesen, der folgendes aussagt: Die Eishalle ist der Punkt 5, 2 -3. Aus dem Angebot der Fa. H. vom 7. 9. 1984 geht eindeutig hervor, daß die Sonderkosten Haustechnik, Elektro-, Sanitär-, Heizungs-, Kälte- und Lüftungsanlage, also die gesamten Projektierungskosten für die genannten haustechnischen Anlagen mit S 100.000,- bewertet wurden. Wie im Bericht des Rechnungshofes angeführt, wurden danach Kosten für die Projektierung der Heizungs-, Kälte- und Lüftungsanlage in der Höhe von S 190.000,- hinzugefügt, obwohl die Kosten dieser Leistung, wie erwähnt, im ursprünglichen Angebot für die Sonderkosten bereits enthalten waren. Wenn auch die im Angebot vom 7. 9. 1984 angegebenen Sonderkosten als niedrig angesehen werden müssen, vertritt der RH die Meinung, daß das Angebot der Fa. H. als Einheit zu sehen ist. Die zusätzliche Beauftragung der Projektierungsarbeiten für die Heizungs-, Kälte- und Lüftungsanlage in Form des Einsatzes eines Fachplaners läßt die Frage aufkommen, warum dies nicht auch für die ebenfalls im ursprünglichen Angebot enthaltenen Projektierungsarbeiten für die Elektro- und Sanitäranlagen geschah. Da dem RH ein Auftragsschreiben an die Fa. H. nicht vorliegt, kann auf die Darstellung der Stadt Steyr, wonach die endgültigen Planungs- und Projektierungskosten nach den einschlägigen Gebührenordnungen und den tatsächlichen Netto-Herstellungskosten ermittelt werden, nicht eingegangen werden. Der RH vertritt die Auffassung, daß es in diesem Fall zweckmäßig gewesen wäre, die Planungsleistungen in Form einer Pauschale zu beauftragen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Man könnte jetzt der Versuchung unterliegen und sagen, was soll es, das Geld, um das es hier geht beim vorliegenden Rechnungshofbericht ist bereits 1984 verbraucht worden. Was nützt also die nachträgliche lange Diskussion. Ich unterliege aber dieser Versuchung nicht, denn der vorliegende Rechnungshofbericht beweist und bestätigt die gerechtfertigte Kritik, die wir seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion seit Jahren und nicht erst unter der Amtsführung von Bürgermeister Schwarz im Bezug auf die überhöhten Repräsentationsausgaben der Stadt Steyr geäußert haben. Es ist ja kein Ruhmesblatt, nicht nur in diesem vorliegenden Rechnungshofbericht, daß Steyr unter 22 Städten mit Repräsentationsausgaben von S 30,84 pro Kopf, das sind immerhin S 1,2 Millionen im Jahr, an der Spitze liegt. Auch wenn einige Arbeitsessen oder Ausgaben für Ehrungen und Jubiläen nicht richtig zugeordnet wurden, das Geld wurde jedenfalls verbraucht. Wenn schon die Städte Linz, Wels und Steyr untereinander im Bezug auf die jeweilige Repräsentationsquote kein echtes Auswahlkriterium darstellen können, wie man meint, aber was ist dann,

so frage ich, mit den anderen Städten. Sind die auch nicht vergleichbar? Nicht umsonst, meine Damen und Herren, weist der Rechnungshof unter der Überschrift "Beurteilung der Repräsentationsausgaben" im Schlußsatz daraufhin, daß die Frage der Repräsentationsausgaben in ihrer Bedeutung für den gesamten Haushalt der Gebietskörperschaft, unter Berücksichtigung der vorliegenden Umstände, auf den ihr gebührenden Stellenwert zurückzuführen sei. Um diesen Effekt zu erreichen, sind auch meiner Meinung nach die vom Rechnungshof empfohlenen Richtlinien für Repräsentationsveranstaltungen notwendig. Jedenfalls wären im Interesse eines sparsamen Umganges mit Steuergeldern unserer Bürger Einsparungen im Bereiche der Repräsentationsausgaben, nicht nur optisch durch eine andere Zuordnung der Ausgaben, notwendig, sondern auch durchaus möglich.

Gedanken hat man sich sicherlich wegen dieser sehr hohen Ausgaben gemacht, denn in der Budgets der letzten Jahre waren zwar niedrige Ansätze zu vermerken, aber verbraucht hat man immer mehr. Da kann ich nur daran erinnern, daß nicht nur im Jahre 1984 man überzogen hat, da waren es ja S 307.100,-, sondern auch 1985 wurde der Voranschlag der gesamten Repräsentationsausgaben um 67 % überzogen und S 702.000,- ausgegeben. So gesehen ist vom Sparwillen eigentlich nicht recht viel übriggeblieben. Es ist daher auch unverständlich, daß man nach 2 Jahren die angefallenen Kosten von S 140.000,- anlässlich der Regierungsklausur hier in Steyr dem Bund noch immer nicht verrechnet hat. Das wurde heute schon angeführt und ich kann mich dieser Meinung nur anschließen. Der Vergleich mit Repräsentationsausgaben mit einer Reihe anderer Städte, in dem ja - das habe ich bereits gesagt - die Stadt eine sehr wenig schmeichelhafte Führungsrolle einnimmt, beweist jedenfalls die Notwendigkeit von Einsparungsmaßnahmen in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, über die Überprüfung von anderen Teilgebieten der Gebärung unserer Stadt Steyr wurde bereits heute sehr viel gesprochen und ausgesagt. Daher möchte ich mir das ersparen und nur grundsätzlich einiges dazu sagen.

Natürlich kann man alles und jedes aus verschiedenen Blickpunkten betrachten und dazu Stellung beziehen. So auch den vorliegenden Rechnungshofbericht und auch die Äußerungen seitens des Magistrates so wie die Gegenäußerung des Rechnungshofes. Die Aufgabe des Rechnungshofes ist es jedenfalls, den Einsatz von Steuergeldern zu überprüfen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Kritik zu äußern, aber auch Empfehlungen abzugeben. Unter diesem Gesichtspunkt, meine Damen und Herren, sehe ich auch den vorliegenden Rechnungshofbericht und ersuche die verantwortlichen Stellen, entsprechend zu handeln und die aufgezeigten Mängel zu beseitigen. Vor allem auch jene Punkte, die den Bau der Eishalle betreffen.

Man sollte aber auch unter Einbeziehung des Kontrollamtes versuchen, Mängel von vornherein hintanzuhalten. Am schönsten wäre es, wenn alle Politiker die öffentlichen Steuergelder so verwalten, als wäre es ihr eigenes Geld und so damit umgehen. Aber das ist wohl vorerst nur ein Wunschtraum von mir.

Dem Rechnungshofbericht möchte ich, um die Zeit nicht zu verlängern, nichts weiters hinzufügen, wir nehmen ihn so zur Kenntnis. Ich danke Ihnen.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Gestatten Sie mir einige Worte als momentaner Vorsitzinhabender.

Ich warne davor, daß Äußerungen, wie der Rechnungshof wird nicht ernst genommen, sich in die Sprachgepflogenheit in diesem Gemeinderat einfinden könnten, denn das ist eine despektierliche Betrachtung auch in der Wortmeldung des Organs Rechnungshof. Ich habe selbst schon den Eindruck gewonnen, daß der Rechnungshof durchaus ernst genommen wird, wie jedes übergeordnete Organ. Wenn eine Diskrepanz in der Auffassung feststellbar ist, so sollte uns das, das sei ein mahnendes Wort vom Vorsitz her, nicht zu Äußerungen veranlassen, daß der Rechnungshof als Kontrollorgan nicht ernst genommen wird.

Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Das Ergebnis des Rechnungshofes, nämlich der Bericht über Teilbetriebe, wurde in einer Finanz- und Rechtsausschußsitzung auch vorgelegt und stand dort zur Diskussion. Mir ist dabei nur aufgefallen, daß neben der Berichterstattung des Vorsitzenden es keine anderen Fraktionssprecher gab, die über die mit Berechtigung aufgezeigten Mängel, die im Bericht beinhaltet sind, nur ein Wort verloren haben. Es ist schon ein wenig verwunderlich, man kann es, das Recht steht zu, daß man die Öffentlichkeit abwartet und dann einen Generalangriff nicht auf das Wesentliche richtet, was der Rechnungshof bemängelt hat, nämlich das Bauvorhaben Eishalle, sondern daß es hier im Gemeinderat Sprecher gibt, die sich sogar Vertreter bestimmter Schichten nennen, und besonders einen Generalangriff reiten auf die kleinen Bediensteten und Beamten dieses Hauses. Dort, wo Fehler festgestellt wurden im Bericht, wurden sie korrigiert. Das hat bereits Bürgermeister Schwarz in seinen einleitenden Worten gesagt, das brauche ich nicht besonders unterstreichen. Wenn man hier kritisiert, wahrscheinlich auch mit Recht, daß hier festgestellt wurde, daß man mit den Repräsentationsgeldern sparsamer umgehen soll. Kollege Spöck hat auch diese Zahlen genannt, die Steigerung, die zu ersehen ist aus diesem Bericht, und gleichzeitig auch hingewiesen, daß in dieser besonderen Steigerung inkludiert war, aufgrund der sehr prekären Situation im Jahre 1984, der wirtschaftlichen Situation, es gerade der Gemeinderat hier war – ich glaube, ich war auch einer dieser Befürworter – der es befürwortet hat, daß die Bundesregierung zu diesen Problemen Stellung nehmen muß und wir haben verlangt, daß sie Stellung nehmen. Die Bundesregierung hat sich entschieden, daß sie nach Steyr kommt und ich glaube auch, daß diese Klausurtagung und auch die vorgehenden Besprechungen nützlich waren. Auch wir als Fraktionssprecher haben Bundeskanzler Sinowatz vor der Klausurtagung einiges gesagt und das hat auch Wirkung gezeigt, was heute von anderen Herren sehr wesentlich kritisiert wird. Es ist keine Verteidigung der Bundesregierung, ich habe ja auch öfter hier Gelegenheit, die großen Fehler aufzuzeigen. Ich glaube, das war notwendig. Festgestellt wurde nur, daß bis jetzt die Refundierung nicht erfolgte bzw. während der Prüfzeit nicht erfolgt ist, und wir versuchen, diesen Betrag zurückzubekommen. Auch wird immer wieder von bestimmter Seite, ich meine hier zwei Seiten, man traut sich nicht mehr so stark wie bei der Beschlußfassung, die Pflege der Städtefreundschaft mit einbezogen. Es ist ja nur festgestellt worden in diesem Rechnungshofbericht, daß unter einem anderen Kostenpunkt bzw. unter einer anderen Post das eingesetzt wird und damit ja sogar in Abzug gebracht werden müßte von diesen Repräsentationen. Ich glaube, wir sind uns im wesentlichen mit der Mehrheit dieses Hauses einig, daß wir trotz bestimmter Kritik des Rechnungshofes alles daransetzen, und gerade die Pflege dieser Städtefreundschaften und gleichzeitig auch die Pflege des Friedens und der Freundschaft stärker forcieren sollen. In dieser Richtung wurde gerade in der letzten Gemeinderatsitzung, die GAL war da nicht vertreten, ein sehr wesentlicher Beschluß gefaßt, nämlich, daß sich alle anwesenden Parteien, unterschiedlich ihrer politischen Auffassung einstimmig dazu bekannt haben, daß wir uns dem Friedensappell unserer Nachbargemeinde St. Ulrich anschließen. Ich glaube, das ist sicherlich ein wertvoller Beitrag, den die Stadt leistet. Ich bin ja nicht der Vertreter der Mehrheit oder der Mehrheitsfraktionen, daß ich mich hier besonders auseinandersetzen muß mit einigen Kollegen.

Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, Ihr könnt mir nicht ersparen, daß ich doch einiges sage zu solchen Aussprüchen, die hier getätigt wurden, wir sollen uns mehr anpassen den Richtlinien z. B. der Länder – in einer bestimmten Frage haben wir es bereits gemacht – oder anderer öffentlicher Körperschaften, wie dies hier verlangt wurde, die so sparsam mit den Steuergeldern umgehen und mit den

Repräsentationen und Steuergeldern. Das hat z. B. Kollege Eichhübl besonders deutlich am Schluß unterstrichen. Gerade seine Partei hat überhaupt kein Recht, aufzutreten und hier in Steyr noch mehr Sparsamkeit zu verlangen. Er kann es machen, aber da möchte ich die Tatsache feststellen, daß es gerade die Stadt Steyr ist, die bis heute keine Parteienfinanzierung durchführt. Im Gegenteil, dort, wo Ihr etwas stärker mitzureden habt, wie in Steyr, ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Wir reden hier von Steyr!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

z. B. in Linz, dort unternimmt gerade diese Partei jeden Versuch, um mehr Geld aus den Steuerzahlern herauszureissen. Hier meine ich die Parteienfinanzierung. Wenn ich noch ein wenig nachhelfen kann, auch der GAL, wenn ich hier unterbrochen werde, möchte ich nur eines sagen. Ich habemir jetzt im Zusammenhang mit den Nationalratswahlen einiges anhören müssen über die Einigungsversuche der Grün-Alternativen Liste. Hier ging es nicht um Inhalte, sondern hier ging es vor allem darum, bevor man eine Vertretung im Nationalrat erreicht, Posten und Pfründe aufzuteilen, die man noch gar nicht hat. Das gehört dazu, wenn man hier vor dem Gemeinderat auftritt und sagt, die Repräsentationskosten müssen gestrichen werden, dann möchte ich doch sagen, wie es hier manche Parteien wirklich halten. In diesem Sinne möchte ich auch sagen, daß es gerade die freiheitliche Partei ist, die z. B. Millionen Schilling herauszieht vom Bund, aber auch gleichzeitig vom Land. Ich als kommunistischer Vertreter kann hier ganz offen auftreten, daß wir entschieden gegen überhöhte Repräsentationskosten und auch Parteienfinanzierung immer aufgetreten sind. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Ausschüssen und haben damit weitgehend dazu beigetragen, daß in der Stadt Steyr nicht diese Ausgaben für Parteizwecke in diesem Ausmaß erhöht wurden. Das hat auch der Rechnungshof eindeutig und klar festgestellt.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sie haben auch diesen Beitrag gehört. Zu Wort gemeldet ist Kollege Zagler.

GEMEINDERAT DIR. DKFM. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Zuhörerschaft!

Unser Kollege Treml hat wieder zur Versachlichung der Diskussion des Rechnungshofberichtes beigetragen, obwohl er Vertreter der Opposition ist, indem er den Rechnungshofbericht so gelesen hat, wie er zu lesen ist, nämlich von vorne bis hinten und nicht nur spaltenweise, absatzweise, in Teilsätzen oder ähnlichem. Es wurden meist nur die negativen Teilsätze herausgegriffen. Es wäre doch, und das ist fast das Dummste, was einem passieren kann oder was man hier vertreten kann, absurd anzunehmen, daß jemand, der sich im Straßenverkehr für den Polizisten vermeintlich falsch verhält, ein Organmandat bekommt, und er dürfte nicht einmal sagen, daß er vielleicht doch im Recht ist und die Situation von sich aus anders sieht. Wenn man hier Betrachtungsweisen anstellt, dann muß man schon nach dem alten lateinischen Wort *audiatur et altera pars*, auch den anderen Teil zunächst einmal hören und die Konklusion des Rechnungshofes und die Konklusion des Rechnungshofberichtes eben entsprechend betrachten. Auch wir als Mehrheit sind nicht begeistert von der Höhe dieser Repräsentationsaufwendungen. Das können Sie mir glauben, das haben wir einige Male beraten. Aber wenn man in der Geschichte hier nachschaut und die letzten Jahre vergleicht, und im Jahr 1980 unser Festjahr das Jahr der 1000-Jahr-Feier, einen Vergleich anstellt, auch hier waren die Repräsentationsspesen bedeutend höher als die Jahre vorher und bedeutend höher als die Jahre nachher. Das heißt, besondere Ereignisse werfen nicht nur Schatten

voraus, sondern letztendlich kosten besondere Ereignisse auch mehr. Das war, das wurde heute schon ausgeführt, im Jahr 1984 der Besuch der Bundesregierung, wobei man Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit oftmals nicht in direkten Zusammenhang stellen kann. Gerade hier hat der Besuch der Bundesregierung damals unserer Region ein Förderungspaket beschert, das sehr vielen Personen, die wir vertreten dürfen, den Arbeitsplatz gesichert und gehalten und erhalten hat. Auch der Bürgermeisterwechsel, wo sich ein Bürgermeister verabschiedet und ein neuer sich vorstellt, wird eine Erhöhung bringen. Bereits 1985 sind wir mit S 700.000,- Repräsentationsspesen wieder unter jenem Ansatz von 1983 gewesen. Es ist also keine kontinuierliche Steigerung, die hier vielleicht feststellbar wäre, sondern hier eine echte Einsparung. Sicher wird unser Herr Bürgermeister in seinem Schlußwort auch auf die aktuelle Situation im Jahre 1986 noch eingehen. Der Rechnungshof selbst und das sind auch Zeilen, die Gemeinderat Ramoser uns allen verschweigen hat, hat festgehalten, wie schwer es ist, diese Ausgaben entsprechend zuzuordnen und zu werten, indem er sagt, daß für die Beurteilung, ob die Mittel sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig aufgewendet werden, es keine generellen Richtlinien gibt. Es gibt Umwegrentabilität, Umwegnutzen im Fremdenverkehr und anderes, das hier betrachtet werden muß. Außerdem ist die Repräsentation auch im Ermessen des jeweiligen Organs zu sehen und hier sind oftmals Aufgaben zu übernehmen, die eigentlich anderswo auch hätten getragen oder verbucht werden können. Hier ist das Beispiel der Stadt Wels gefallen. Nicht daß jemand mit dem Glauben hier weggehen sollte, Wels sei sparsamer als die Steyrer, was Repräsentationen anbelangt, sondern hier gibt es wieder andere Dinge, die man betrachten muß, beispielsweise die Welscher Messe-AG, die nicht nur Messen veranstaltet, sondern auch ein entsprechendes Budget verwaltet und hier oftmals Repräsentationsverpflichtungen der Stadtgemeinde mit übernimmt oder überhaupt übernimmt. Auch das muß man in diese Überlegungen mit einbeziehen. Wir, und auch Sie haben das schon öfter gesagt, sollten von einer Monostruktur wegkommen, nur eisenverarbeitende Industrie sei keine gesunde Basis für die Zukunft. Wenn wir Anstrengungen unternehmen wollen, den Fremdenverkehr anzukurbeln, dann muß uns das bitte auch für manche Dinge etwas wert sein, indem man Meinungsbildner entsprechend auf diesem Sektor empfängt und hier versucht, wieder Umwegrentabilität hereinzubeziehen, und so unsere Stadt über die Grenzen hinaus bekannt zu machen. Der Vergleich mit dem Land Oberösterreich, Kollege Spöck, mir ist schon klar, warum dies so ist. Es ist ja kein Zufall, daß im Land die ÖVP die Mehrheit hat, aber wenn man sich hier rühmt, Weltmeister zu sein, so möchte ich noch eine kleine Anekdote anbringen. In meiner Eigenschaft als Direktor hatte ich die Ehre, letzten Montag den Pfarrer Hans Huber nach Linz zu begleiten, der dort zum Oberstudienrat ausgezeichnet wurde. Eine Auszeichnung die, auch das darf ich sagen, mit keinerlei Mittel verbunden ist, kein Groschen mehr, den Oberstudienrat Huber mehr erhalten wird, sondern eine Auszeichnung für seine bisher geleistete Arbeit im Dienste der Jugenderziehung, nicht nur in der Schule, sondern auch außerschulisch, in vielen Dingen, mit denen er sich beschäftigt. Die Jause, die es nach dem Empfang gegeben hat, war wirklich den geringen Repräsentationsausgaben angepaßt. Ich würde mir vorstellen als Vertreter dieser Gemeinde, daß man Personen, die man ehrt, die für die Stadt etwas geleistet haben, nicht mit Brot und Würstel abspeist, sondern vielleicht doch in einem entsprechenden Rahmen sich bedankt. Noch einmal, nicht mit finanziellen Zuwendungen bedankt, sondern ihnen eine Ehrerbietung erweist für das, was Leute leisten über die Norm anderer hinweg. Zu den anderen Dingen darf ich mich insofern anschließen. Dort, wo bei den Reisesrechnungen Fehler gemacht wurden, sind sie beseitigt. Es sind wirklich oft nur Groschenbeträge und die Geschichte mit den S 25,- Einkaufsgutschein, da könnte ich mir nicht vorstellen, daß ich hier einen Beamten oder Vertragsbediensteten, der eine Dienstreise macht, verpflichte, sich ein Sportgerät kaufen zu müssen, damit er nicht die Reisekasse der Gemeinde belastet.

Ich darf noch einmal feststellen, die sachliche Diskussion im Prüfungsausschuß hat mich heute überrascht mit etwas vehementen Angriffen vor allem von Gemeinderat Ramoser. Vielleicht hätte er diese auch schon gestellt, wäre er damals beim Prüfungsausschuß schon zugegen gewesen.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke Dkfm. Zagler für seinen Beitrag. Wünscht sonst noch jemand zum Tagesordnungspunkt Rechnungshofbericht zu sprechen? Das ist nicht der Fall und ich bitte Herrn Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist an sich schon sehr viel gesagt worden. Ergänzungen dazu gestatten Sie mir in einer sehr kurzen Form vorzubringen.

Es wurde darauf hingewiesen, daß beim Rechnungshof bei den Überprüfungen des Rechnungshofes - das darf ich hier nochmals zum Ausdruck bringen - nach dem ersten Grobbericht eine Art Ermittlungsverfahren einsetzte. Dieses Ermittlungsverfahren ergibt im Endeffekt ein Schlußergebnis und dieses liegt heute vor und soll vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen werden. In diesem Schlußergebnis, das darf ich sagen, sind weder die Repräsentationskosten angeführt, noch andere Dinge, die hier diskutiert wurden, von der breiten Masse diskutiert wurden, sondern hier wurden die Begründungen, die die Stadt zu diesen Äußerungen des Rechnungshofes in einer Gegenäußerung bekanntgegeben hat, akzeptiert. Ich gebe zu, daß wir im Jahre 1984 bei den Repräsentationskosten sicherlich erhebliche Ausgaben über das geplante Limit erreicht haben. Es wurde schon darauf hingewiesen, was die Ursache war, da möchte ich mich nicht verbreitern. Der Betrag betreffend die Regierungsklausur ist abzuschreiben von den Gesamtkosten. Er wurde eingefordert und wird in Kürze überwiesen werden, wir haben diesbezüglich bereits einen Hinweis seitens des Ministeriums bekommen. Es hat natürlich diese Regierungsklausur dazu beigetragen, daß Steyr weit über die Grenzen unserer Stadt und unseres Landes hinaus bekannt wurde. Es wurden in diesem Jahr wesentlich mehr Tagungen abgeführt als sonst in einem Jahr.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir bereits im Jahr 1985 wesentlich geringere Ausgaben in dieser Sparte gehabt haben und wir werden im Jahre 1986 eine weitere Reduzierung, eine maßgebliche weitere Reduzierung erreichen.

Zu den hier vorgebrachten Dingen, die das Bauvorhaben Eishalle betreffen, darf ich sagen, daß der Rechnungshof bemängelt hat, daß die Vergabe der Planung an eine ausführende Unternehmung erfolgte, und daß die Planungsvergabe nicht an einen Ziviltechniker erfolgte. Das stellt unserer Meinung nach - wir haben diese unsere Meinung nicht geändert - eine unzulässige Bemängelung des Rechnungshofes dar, weil nach der derzeitigen Gesetzeslage wir jederzeit in der Lage sind, solche Planungsaufträge auch an Bauunternehmungen, an Baumeister, zu vergeben, weil sie dazu auch vom Gesetz her berechtigt sind.

Im übrigen glaube ich, sind die Vergaben, die hier erfolgt sind, zu überaus günstigen Konditionen erstellt worden, und zwar nach der Gebührenordnung 1976. Diese Gebührenordnung hat eine wesentlich günstigere Basis und hat ein wesentlich günstigeres Ergebnis gebracht als die Gebührenordnung 1980. Wir haben uns allein damit durch diese Vergabe insgesamt S 364.000,- erspart. Das darf man hier mit gutem Recht sagen.

Was die Reisegebührenverordnung betrifft, hier darf ich anführen, daß wir seitens des Magistrates Steyr die Anregungen und Empfehlungen des Rechnungshofes - das habe ich bereits einleitend gesagt - zur Kenntnis genommen haben und entsprechend diesen Empfehlungen handeln.

Ich bitte Sie nun um Kenntnisnahme des Berichtes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke Herrn Bürgermeister für sein Schlußwort.

Wer der Meinung ist, daß der Rechnungshofbericht zur Kenntnis genommen wird, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ich sehe, daß der Bericht einstimmig angenommen wird. Danke.

Ich bitte um den nächsten Bericht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag des Stadtsenates darf ich Sie bitten, der Verleihung von Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an verdiente Sportler und Funktionäre die Zustimmung zu geben. Der Antrag lautet:

2) Sport-1922/86

Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr
an Sportler und Funktionäre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes außerordentliche Leistungen erbracht haben, wird als Anerkennung das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr verliehen.

Sportehrenzeichen für Sportler:

in Gold gemäß III/1 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie Österreich bei Olympischen Spielen, Welt- oder Europameisterschaften vertreten haben).

Schlager August, GR, Jahrgang 1935, Mitglied der Polizeisportvereinigung Steyr; wurde Bahngolf-Europameister 1973 im Einzel und Mannschaft.

in Silber gemäß III/2 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie mindestens dreimal eine österreichische Meisterschaft in der gleichen Sportart gewonnen haben).

Gugenberber Klaus, Jahrgang 1956, Mitglied der Polizeisportvereinigung Steyr, dreifacher Bahngolf-Staatsmeister/Mannschaft 1978, 1981, 1984.

Helm Walter, Jahrgang 1940, Mitglied der Polizeisportvereinigung Steyr, 3-facher Bahngolf-Staatsmeister/Mannschaft 1975, 1978, 1984.

Mayrhofer Paul, Jahrgang 1962, Mitglied der Polizeisportvereinigung Steyr, 3-facher Bahngolf-Staatsmeister/Mannschaft 1978, 1981, 1984.

In Bronze gemäß III/3 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie einmal eine österr. Meisterschaft gewonnen haben).

Dangl Fritz, Jahrgang 1961, Mitglied der Polizeisportvereinigung Steyr, Bahngolf-Staatsmeister/Mannschaft 1984.

Sportehrenzeichen für Funktionäre:

In Gold gemäß III/4 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportorganisationen Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiete des Körpersportes (Erziehung, Unterricht, etc. besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben).

Bittermann Georg, Jahrgang 1936, Obmann-Stellvertreter der Union Steyr; 35-jährige Tätigkeit.

Draxler Franz, Jahrgang 1923, Obmann des ASV Bewegung, 25jährige Tätigkeit.

Gilly Walter, Jahrgang 1927, Kassier des ATSV Steyr, 37jährige Tätigkeit.

Pötsch Rudolf, Jahrgang 1935, Vorturner des Allgemeinen Turnvereines Steyr; 30jährige Tätigkeit.

Schlader Franz, Jahrgang 1925, Obmann der Kontrolle des ATSV Stein, 25jährige Tätigkeit.

Schützenhofer Otto, Jahrgang 1936, Sektionsleiter der Handballsektion des

ATSV Steyr; 27jährige Tätigkeit.

Seidl Ernst, Jahrgang 1936, geschäftsführender Obmann der Union Steyr;
36jährige Tätigkeit.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir nach meiner Bemerkung, daß sich Kollege Schlager wegen Befangenheit der Stimme enthalten wird, aber trotzdem unseren Glückwunsch entgegennimmt, zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GR August Schlager) angenommen.

Damit sind die Berichte des Herrn Bürgermeisters abgeschlossen. Ich übergebe den Vorsitz wieder unserem Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Als nächsten Berichterstatter ersuche ich anstelle von Kollegen Wippersberger Herrn Stadtrat Pimsl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL anstelle des abwesenden vizebürgermeisters Wippersberger:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen eine Reihe von Anträgen vorbringen und bitte Sie vorweg schon um Ihre Zustimmung.

Zur Finanzierung der Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes im Finanzjahr 1986 ist die Aufnahme von Kommunalдарlehen vorgesehen. Der Magistrat der Stadt Steyr hat diesbezüglich Verbindung mit der Sparkasse Steyr, für die die Stadt gemäß § 2 Abs. 1 Sparkassengesetz 1979 haftet, aufgenommen und um Vorlage eines Finanzierungsangebotes über S 20.000.000,- ersucht. Die Sparkasse Steyr legte ein den Mindestsätzen der ordnungspolitischen Vereinbarungen entsprechendes Angebot. Der Zinssatz beträgt derzeit 8,5 % p. a. und ist an die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen gemäß Tabelle 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der Österr. Nationalbank gebunden. Diese Aufnahme von S 20 Mill. stellt derzeit einen sehr günstigen Kredit dar und dient eben zur Finanzierung von kommunalpolitischen Aufgaben. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

3) Ha-5744/86

Aufnahme eines Kommunalдарlehens
bei der Sparkasse Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Aufnahme eines Kommunalдарlehens in Höhe von S 20.000.000,- bei der Sparkasse Steyr mit einer Laufzeit von 20 Jahren und einem Zinssatz von derzeit 8,5 % p. a., der an die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen gemäß Tabelle 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der Österr. Nationalbank gebunden ist, wird zugestimmt.

Die Festlegung der übrigen Vertragsbedingungen anlässlich des Abschlusses des Darlehensvertrages bleibt der Magistratsabteilung II vorbehalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Im Finanzjahr 1986 sind für die Durchführung verschiedenster Vorhaben außer- bzw. überplanmäßige Mittel in nicht unbeträchtlichem Maße genehmigt worden. Um diese bereits genehmigten Mittel bereitstellen zu können, ist, wie auch aus den Einzelanträgen ersichtlich war, die Aufnahme von Kommunaldarlehen notwendig. In diesem Zusammenhang wurde die Creditanstalt Bankverein ersucht, ein Finanzierungsangebot über S 10,000.000,- vorzulegen. Der Zinssatz wurde wieder mit 8,5 % p. a. festgesetzt.

Aufgrund der derzeitigen Situation am Kapitalmarkt wird die Annahme des Finanzierungsangebotes der Creditanstalt Bankverein mit der Bindung des Zinssatzes an die Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen gemäß Tabelle 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der Österr. Nationalbank vorgeschlagen.

Der entsprechende Antrag lautet:

4) Ha-5776/86

Aufnahme eines Kommunaldarlehens bei der
Creditanstalt Bankverein.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Aufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von S 10,000.000,- bei der Creditanstalt Bankverein mit einem derzeitigen Zinssatz von 8,5 % p. a. dekursiv, der an die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen gemäß Tabelle 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der Österr. Nationalbank gebunden ist, und einer Laufzeit von 20 Jahren wird zugestimmt.

Die Festlegung der übrigen Vertragsbedingungen anlässlich des Abschlusses des Darlehensvertrages bleibt der Mag. Abt. I vorbehalten.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist mit einer Enthaltung (GR Ramoser - GAL) angenommen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr hat an der Steinfeldstraße eine Wohnhausanlage mit 16 Wohnungen und 14 Hausgaragen errichtet. Für diese Verwaltungseinheiten sind von den jeweiligen Wohnungswerbern Grund- und Baukostenbeiträge in nicht unbeträchtlichem Ausmaß zu bezahlen. Die Mehrzahl der in diese Wohnhausanlage eingewiesenen Mieter hat nunmehr die Stadt Steyr ersucht, für den Grundkostenbeitrag ein Gemeindedarlehen zur Verfügung zu stellen. Die Rückzahlung dieses Darlehens sollte monatlich mit der Miete an die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr erfolgen, die dann die Annuitätenzahlungen an die Stadt weiterleiten müßte. Um die für die Verrechnung von Grund- und Baukostenbeiträge entstehende hohe finanzielle Belastung bei Einzug in eine der Wohnungen der Wohnhausanlage Steinfeldstraße 6 und 8 auf Jahre aufzuteilen, wird vorgeschlagen, für die Grundkostenbeiträge der im Amtsbericht angeführten Mieter in Höhe von je S 61.000,- ein Gemeindedarlehen mit einer Laufzeit von 25 Jahren und einem Zinssatz von 8,5 % zu gewähren.

Ich darf Ihnen folgenden Antrag zur Kenntnis bringen:

5) Ha-4935/86

Gewährung von Gemeindedarlehen an die Mieter
der Wohnhausanlage Steinfeldstraße 6 und 8.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. II vom 11. 9. 1986 wird den im Amtsbericht angeführten Mietern der Wohnhausanlage Steinfeldstraße 6 und 8 ein Gemeindedarlehen in Höhe von je S 61.000,-, insgesamt S 488.000,-, mit einer Laufzeit von 25 Jahren und einem Zinssatz von 8,5 % p. a. gewährt. Die Auszahlung dieser Darlehen erfolgt im Verrechnungswege mit den ausfallenden Grundkostenbeiträgen an die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr. Die Rückzahlung hat in der Form zu erfolgen, daß die von der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr aufgrund der jeweiligen Tilgungspläne mit der Miete eingehobenen Annuitäten jährlich (jeweils am 1. 7. jeden Jahres) der Stadt Steyr zu überweisen sind. Für das Finanzjahr 1986 ist die Annuität im Dezember 1986 zu leisten. Zu diesem Zweck wird der Betrag von S 488.000,- bei der VA-Stelle 5/480000/242000 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand dazu zu sprechen? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Gewährung von Gemeindedarlehen für Mieter der Wohnhausanlage der GWG der Stadt Steyr, wie Sie ja wissen, müssen sie in zunehmendem Maß, damit sich die Mieter überhaupt eine Neubauwohnung in Steyr leisten können. Diese Erschwernis hat vor mir bereits Stadtrat Pimsl genau erklärt. Es müssen Darlehen in der Höhe zwischen - je nach Wohnungsgröße - S 60.00 und S 70.000,- für den Grundkostenbeitrag mit einer Laufzeit, wie er sagte, von 25 Jahren gewährt werden. Warum so lange? Weil ja ohnedies schon die Mieten so hoch sind und viele Mieter außerstande sind, diese Mieten zu entrichten. Es ist auch ein wenig stark, wenn man sieht, daß die Stadtgemeinde hier unter die Arme greift, damit Mieter dort einziehen können, auf der anderen Seite aber diesen Betrag mit Zinseszinsen, nämlich mit 8,5 % Zinsen, rückerstatten müssen, allerdings in einer Zeit von 25 Jahren. Meine Damen und Herren, es mußten sogar Neubauwohnungen in der Steinfeldstraße öffentlich im Amtsblatt durch Kollegen Kerbl ausgeschrieben werden, damit wir überhaupt Mieter gefunden haben, die dort einziehen. Ist es denn in Steyr schon so, daß genügend Wohnungen gebaut werden oder daß es keine Wohnungssuchenden gibt? Nein, dem ist nicht so. Sie wissen das genau so wie ich, daß wir über 2.000 Wohnungswerber in der Stadt haben, aber aufgrund dieser allgemeinen Wohnbaupolitik in Österreich ist es eben so, daß sich ein Großteil der Menschen mit mittleren Einkommen eine solche Wohnung nicht leisten kann.

Meine Damen und Herren, bevor die sozialistische Partei Regierungspartei wurde vor 16 Jahren hat sie versprochen, hunderttausend Wohnungen pro Jahr zu bauen. Sie wissen selbst, daß in den vergangenen 16 Jahren viel weniger gebaut wurde. Es waren höchstens 43.000 bis 41.000 Wohnungen im Jahr und die Wohnkosten sind in den letzten Jahren um 2 1/2 mal so schnell gestiegen wie der Verbraucherpreis. Die Ursache dafür liegt nach meiner Auffassung bei den hohen Grundkosten, die wir teilfinanzieren müssen und auch bei den Baukosten und besonders auch bei den Profiten der Bauunternehmer und, wie wir sehen, an den Banken. Die Mieter müssen das ja auf den Groschen genau zurückzahlen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Sie wissen auch, daß neben dieser Hilfestellung, die die Stadt gewährt und der ich selbstverständlich zustimme, es so ist, daß ein Großteil überhaupt der Wohnbaumittel auch in unserem Bundesland dazu verwendet wird, daß Wohnbeihilfen ausbezahlt werden müssen. Zum Beispiel hat man an Wohnbeihilfe im Jahre 1971 zur Auszahlung gebracht in der Höhe von S 43 Millionen, so sind dies - mir stehen nur die Vorjahreszahlen zur Verfügung - bereits 464 Mill. Diese Ziffern zeigen die verfehlte Wohnbaupolitik

in unserem Staat. Die Wohnkosten sind so teuer, daß sie von den Mietern ohne Wohnbeihilfen nicht mehr aufzubringen sind.

Die kommunistische Fraktion vertritt seit Jahren auch hier im Rathaus immer wieder die Forderung nach Rückkehr zum sozialen Wohnbau, zu einem Gemeindefohnbau, wo eben die Stadt dementsprechend stärkere Mittel einsetzt und die Wohnbaugesetzgebung im allgemeinen abgeändert werden muß, damit auch eine Stadtgemeinde, die einen eigenen Wohnbau durchführt, auch mehr Mittel vom Staat sowie vom Land zur Verfügung bekommt, damit wieder echte soziale Wohnungen den Bedürftigen und Wohnungswerbern in unserer Stadt zur Verfügung gestellt werden können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Kollege Holub bitte!

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, es ist schon notwendig, daß man ein paar Gedanken zur Wohnbeihilfe sagt, nachdem es jetzt so dargestellt wurde, als wäre das das Almosen der öffentlichen Hand, das sich der Mieter erbetteln muß. Wir müssen da schon sagen, daß man Wohnbauten auf 2 Arten fördern kann. Zum einen gibt man öffentliche Mittel für die Errichtung des Baues, dann ist die Wohnung für jeden gleich billig oder gleich teuer, ganz egal wie hoch sein Einkommen ist. Oder aber man macht die Subjektförderung, entweder ausschließlich oder zusätzlich, so wie es jetzt passiert, dann wird sehr wohl unterschieden nach der Finanzkraft des Mieters. Wer finanzkräftiger ist, dem ist es wohl auch zumeßbar, daß er einen höheren Beitrag für die Benutzung seines Wohnraumes bezahlt. Genau so sind die gestaffelten Einkommenstarife der Wohnbeihilfe zu sehen. Ich empfinde die Wohnbeihilfe ganz einfach nicht als Almosen, sondern als Bürgerrecht im Rahmen der Wohnbauförderung, wenn man sich schon dazu entschlossen hat, das Einkommen des Einzelnen mit in die Überlegung des Ausmaßes der Zuwendung der öffentlichen Hand mit einzubeziehen. Ich glaube, daß das eine durchaus gerechtfertigte Sache ist.

Über die Überlegungen des Kollegen Tremml hinsichtlich der Quellen der Mietzinse ist es müßig, darauf einzugehen, weil ja recht viel dabei rhetorischer Schnörksel ist. Natürlich auch ideologisch begründet, aber so ist es nicht, daß die von Dir angezeigten Bösewichte die allein Schuldigen sind, das sind weder die Banken noch sind die Bauunternehmer schuld. Du schimpfst ja immer über die Unternehmer, warum sollst Du da eigentlich die Bauunternehmer auslassen, das ist mir schon klar. Die Erwähnung von Erwerbszweigen im allgemeinen wird zur Bewältigung der Situation nichts beitragen. Die gewährten Gemeindedarlehen sind sicherlich eine echte Begünstigung für die Mieter. Das Einzige, was einen ein wenig mit Sorge erfüllen muß, ist, daß nicht alle Mieter gleich behandelt werden, nämlich jene, die nicht in GWG-Wohnungen sind. Das wäre das Einzige, was er wert wäre, darüber zu diskutieren. Ich bin aber jedem Einzelnen das Gemeindedarlehen in diesem Fall – das wurde ja auch in anderen Wohnblocks gemacht – durchaus willig und ich bin froh, daß damit den Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, Wohnungen zu bekommen, die sonst womöglich innerhalb ihres Einkommens oder innerhalb des sonstigen Förderungsmechanismus, das muß uns auch klar sein, daß Jungfamilien von der Wohnbauförderung oder von der Jungfamilienförderung her den Grundanteil auf anderem Weg gefördert bekommen. Daher haben auch nicht alle angesucht um dieses Gemeindedarlehen, weil es eben auch noch andere Förderungswege gibt. Soweit dazu. Ich bitte wirklich um ein korrektes Verständnis des Begriffes Wohnbeihilfe und ich bitte auch um eine weitgehend entdemagogisierte Diskussion des Problems Wohnungsnot hier in Steyr. Es hat überhaupt keinen Sinn, wenn wir uns, – je nachdem die Brille gefärbt ist, jedenfalls schattierten Brille – gegenseitig Schuldzuweisungen an den Kopf werfen. Ich glaube, daß es viel notwendiger ist, daß man

gemeinsam überlegt, wie man unseren Bürgern Günstigeres zur Verfügung stellen kann.

Natürlich gibt meine Fraktion diesem Antrag die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte die Diskussion nicht verlängern, aber eines ist unbestritten, daß sicher das Wohnen in den letzten Jahren und Jahrzehnten teurer wurde, daß die Baukostenpreise Höhen erreicht haben, die uns zur Sorge Anlaß geben. Wir können aber feststellen, daß sich der Baukostenindex in den letzten Jahren stabilisiert hat. Die Baupreiserhöhungen haben sich im Rahmen anderer Indexerhöhungen gehalten. Daß die Stadt Steyr darüber hinaus für den sozialen Wohnbau beträchtliche Mittel zur Verfügung stellt, um die vorhandene Wohnungsnot, sofern man dies in dieser Form sagen kann, zu lindern, steht außer Frage. Daß, wie schon mein Vorredner, Herr Vizebürgermeister Holub, erwähnt hat, es ist manchesmal schon so, daß man jene beneidet, die in einer gemeindegeförderten Wohnung das Glück zu haben, zu sein, ist sicher richtig.

Zum Kollegen Trembl kommend, er behauptet, man hätte von meiner Fraktion in den ersten Regierungsjahren versprochen, 100.000 Neubauwohnungen pro Jahr zu errichten, so glaube ich, hat man sehr weitgehend realistische Überlegungen auch durchgeführt. Es wurde von ihm eines übersehen, man ist auch in meiner Fraktion zur Erkenntnis gekommen, daß nicht damit gedient ist, das Erhaltungswürdige einfach niederzureißen und durch Neubauten zu ersetzen, sondern daß durch die Althausanierung auch beträchtliche Wohnungen wieder zur Verfügung gestellt werden konnten. Man kann summa summarum erklären, daß der Wohnbau in Österreich nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert hat, daß aber für viele die Wohnungen begründet – nicht immer – zu teuer geworden sind.

Die Aufnahme dieses Darlehens, um den Baukostenzuschuß zu bezahlen, ist sicherlich für die betroffenen Mieter eine Angelegenheit, die sie zu schätzen wissen. Ich darf Sie bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Es ist Einstimmigkeit gegeben.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Der Wirtschaftsverein Arbeiterheim Steyr hat sich an die Stadt Steyr um Gewährung einer Subvention bzw. eines Darlehens in Höhe von S 1,5 Mill. zur Renovierung der Säle des Casinos, Leopold Werndl-Straße 10, gewandt und dies wie folgt begründet: Wie bekannt ist, stehen die Räumlichkeiten des Casinos, im besonderen die beiden Säle, allen Steyrer Vereinen, Organisationen und Institutionen kostenlos zur Durchführung von Veranstaltungen zur Verfügung. Die letzte Renovierung der Säle fand vor rund 20 Jahren statt. Durch die zahlreichen Veranstaltungen, welche in diesem Zeitraum durchgeführt wurden, sind die Räumlichkeiten sowie das Inventar in einem solchen Ausmaß abgenützt, daß eine grundlegende Renovierung unumgänglich geworden ist. Die Renovierung der Säle soll auch dazu beitragen, das Raumangebot der Fremdenverkehrsstadt Steyr für Veranstaltungen zu erweitern und attraktiver zu gestalten. Aus der vorgelegten vorläufigen Kostenaufstellung ist ersichtlich, daß die gesamte Renovierung einen Aufwand von rund S 3,163.000,- erfordern wird. Unter anderem ist eine Erneuerung der Fußböden, eine Entfernung

der nachträglich eingebauten Decke, eine Erneuerung des Be- und Entlüftungssystems, eine Erneuerung der Beleuchtung, der Tapezierung und der Vorhänge, sowie der Garderobe nötig. Nach dem vorgelegten Finanzierungsplan verfügt der Verein über Eigenmittel von S 663.200,- und über einen Kredit von S 1 Mill., während ein Betrag von S 1,5 Mill. noch ohne Deckung ist. Es wird daher vorgeschlagen, dem Wirtschaftsverein Arbeiterheim eine außerordentliche nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 750.000,- und ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von S 250.000,- rückzahlbar in 5 gleichen Jahresraten, á S 50.000,-, beginnend mit dem Jahr 1988, zu gewähren. Im Hinblick auf die Bedeutung des Vorhabens für das kulturelle und gesellschaftliche Leben der Stadt soll von der Anwendung der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre Abstand genommen werden. Der diesbezügliche Antrag lautet:

6) Ha-4761/86

Wirtschaftsverein Arbeiterheim Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention bzw. eines Darlehens zur Renovierung der Casino-Säle.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 23. 9. 1986 wird dem Wirtschaftsverein Arbeiterheim Steyr, 4400 Steyr, Leopold Werndl-Straße 10, zur Renovierung der Casino-Säle eine einmalige außerordentliche nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von S 750.000,- sowie ein unverzinsliches Darlehen in der Höhe von S 250.000,-, rückzahlbar in fünf gleichen Jahresraten zu á S 50.000,-, beginnend mit dem Jahr 1988, gewährt. Im Hinblick auf die Bedeutung des Vorhabens für das kulturelle und gesellschaftliche Leben der Stadt wird von der Anwendung der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre Abstand genommen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 250.000,- (zweihundertfünfzigtausend)

bei der VA-St. 5/782000/242000 sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 750.000,- (siebenhundertfünfzigtausend)

bei der VA-St. 5/782000/776010 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister bitte zur Geschäftsordnung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe mich jetzt deshalb zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet, weil ich beantrage, daß über den vorliegenden Antrag getrennt abgestimmt werden soll. Einerseits über die geplante Vergabe einer Subvention von S 750.000,- für den Verein Arbeiterheim, und andererseits über die geplante Vergabe eines unverzinslichen Darlehens in der Höhe von S 250.000,-. Ich vertrete die Auffassung, daß man diese beiden Punkte durchaus differenziert betrachten soll und nach meiner Sicht auch muß. Man soll die Voraussetzungen dafür schaffen durch diese Trennung, daß das auch bei der Abstimmung entsprechend zum Ausdruck gebracht werden kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das war eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Ich habe an sich nichts dagegen, der Antrag müßte aber neu formuliert werden. Es müßten dann zwei Anträge sein. Wenn eine mündliche Formulierung akzeptiert wird, wäre das denkbar, daß zwei Abstimmungsvorgänge durchgeführt werden. Aber eine Neuformulierung der Anträge in schriftlicher Form würde jetzt zu lange dauern. Ich glaube, wir bleiben dabei. Wer ist der Meinung, daß man diesen Antrag trennt in Form einer mündlichen Antragstellung? Dieser Meinung ist niemand, er wird daher so akzeptiert.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Darf ich dazu etwas sagen? Das ging sehr wohl. Das geschäftsmäßige Instrumentarium würde lauten, den Antrag zurückziehen und einen Dringlichkeitsantrag fassen. Es erhebt sich nun die Frage, wollen wir diesen formellen Fortgang machen oder können wir uns hier über Befragen des Bürgermeisters darauf befinden, daß wir die neue Formulierung zur Kenntnis nehmen und das so behandeln.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu darf ich eines sagen, Kollegen Eichhübl geht es darum, daß sichergestellt ist, daß diese Rückzahlung in entsprechender Form behandelt wird. Ich glaube aber, daß man das trotzdem in einem Antrag beschließen müßte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

In der Geschäftsordnung des Magistrates steht in § 8, daß Abänderungsanträge, Zusatzanträge von einem Mitglied des Gemeinderates eingebracht werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist richtig, das wurde ja gemacht.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es wäre auch zulässig, daß der Antragsteller einen Abänderungsantrag zum schriftlich vorliegenden Antrag bringt. Das wäre die Methode, warum wir es doch machen könnten. Wenn wir das schriftlich haben wollen, müssen wir die Sitzung unterbrechen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich einen Vorschlag machen. Kollege Eichhübl hat das sicher gut gemeint, ich glaube aber, daß wir geschäftsmäßig keine Probleme heraufbeschwören sollten, sondern wir sollten beim gestellten Antrag bleiben. Sind Sie damit einverstanden? Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem zustimmen?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte nur fragen, ob es noch eine Diskussion darüber gibt?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, selbstverständlich.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Die Diskussion wird ja erst eröffnet. Es wurde nur festgestellt, daß der Antrag so bleibt, wie er gestellt wurde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die Mehrheit, so habe ich das verstanden, ist dafür, daß der Antrag so bleibt. Zu Wort gemeldet ist Kollege Eichhübl!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister!
Obwohl ich grundsätzlich dafür bin, daß dem Verein Arbeiterheim in Anbetracht der Tatsache, daß er seine Räumlichkeiten Vereinen kostenlos und damit auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt, stehe ich diesem Antrag nicht so kritiklos gegenüber. Abgesehen davon, daß man einmal das Verhältnis der Benützung durch andere Vereine zu den bis jetzt gegebenen Förderungsmaßnahmen stellen sollte, stört mich viel mehr dieser Doppelantrag. Wohl in Erinnerung daran, daß es bereits vor Jahren solche Anträge gegeben hat in Millionenhöhe, wo dann immer feststellbar war, daß der Verein Arbeiterheim, wenn eine Rückzahlungsrate für dieses Darlehen fällig war, um eine weitere Subvention angesucht hat. Im Jahre 1982 gab es dann ein klares Subventionsansuchen und auch einen klaren Antrag hier im Gemeinderat, den wir von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion unterstützt haben. Nun, meine Damen und Herren, ist man wieder angelangt bei diesen Doppelanträgen und dagegen bin ich. Ich betone aber nochmals, daß ich für die Subvention von S 750.000,- an den Verein Arbeiterheim bin, mich aber an der gleichzeitigen Vergabe eines Darlehens stoße und dies zustimmungsmäßig nicht begrüßen kann.
Meine Damen und Herren, ich nehme zur Kenntnis, daß mein Antrag zur Geschäftsordnung von Ihnen abgelehnt wurde, bitte nehmen Sie aber auch zur Kenntnis, daß Sie mir dadurch die Möglichkeit verwehrt haben, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich sage nochmals, ich bin für das Darlehen, aber gegen die gleichzeitige Möglichkeit, dem Verein Arbeiterheim einen zinsfreien Kredit zu geben.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich danke für den Einwand, es ist vollkommen richtig. Ich bin für die Subvention, aber gegen die gleichzeitige Vergabe eines Darlehens. Nachdem abstimmungsmäßig so befunden wurde, kann ich diesem Antrag die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte sagen, so klar, wie sich Kollege Eichhübl dafür ausspricht, so spreche ich mich dagegen aus. Ich sehe darin eine indirekte Parteienfinanzierung. Der Verein Arbeiterheim wäre durchaus in der Lage, die Casinosäle in Eigenregie neu zu gestalten. Es ist eine riesengroße Partei die SPÖ und sie ist durchaus in der Lage, ihre eigenen oder von Vereinen gemieteten Bauten herzurichten. Diese Parteienfinanzierung geht sogar so weit, oder die indirekte Parteienfinanzierung, daß man gerade in einer sehr schwierigen Zeit - die Steyr-Werke entlassen ja bekanntlich 600 Arbeiter - beinahe 1 Mill. Schilling an einen eigenen Verein, zum Teil als Subvention, zum Teil als Darlehen, gibt. Ich stelle mich entschieden gegen solche Subventionen, gegen solche Darlehen, da genau mit diesem Geld schon ein Beitrag geleistet werden könnte, vielleicht einem kleinen Teil der Arbeiter, die in Zukunft entlassen werden, einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen. Es gibt in Oberösterreich bereits einige Betriebe, die die Arbeiter selbst in das Leben gerufen haben mit Unterstützung der Gemeinden, mit Unterstützung des Landes und mit Unterstützung des Bundes. Wenn es solche Vorhaben woanders gibt, die durchführbar sind, warum gibt es das nicht in Steyr, warum wird S 1 Mill. an ein Arbeiterheim im Subventionsweg bzw. in Darlehen abgeführt?

Zum Casino, wahrscheinlich bin ich hier der Einzige, der mit den Veranstaltungen der GAL Schwierigkeiten hat, in das Casino zu kommen. Ich habe vor kurzem ange-

fragt beim Mieter um Vermietung für einen Abend mit Freda Meissner-Blau. Es wurde rundherum abgelehnt. Eine Parteienwerbung gibt es nicht in den Casino-Sälen wurde mir gesagt. Sollte es in Zukunft anders sein, so wäre ich sehr dankbar, doch man müßte sich das vorher mit den Mietern bzw. Pächtern ausmachen. Ich glaube auch, und hier möchte ich noch einmal zurückgehen auf den Antrag, im Hinblick auf die Bedeutung des Vorhabens wird von der 20 %igen Kreditsperre Abstand genommen. Ich verstehe nicht, warum das eine so hohe Bedeutung hat, so einen hohen Stellenwert? Wenn Anträge hereinkommen von kleinen Gewerbetreibenden, die S 10.000,- von der Gemeinde für eine einmalige Gewerbeunterstützung fordern, so gilt dann diese 20 %ige Kreditsperre. Wenn der sozialistische Verein kommt, dann gilt diese 20 %ige Kreditsperre nicht. Ich frage mich, was hat hier mehr Bedeutung? Der Kleingewerbetreibende, der einen Betrieb errichten will, der einen Arbeitsplatz sichern will, oder der Verein Arbeiterheim, der Veranstaltungen durchführen will? Es ist für mich sehr bedauerlich, daß dies in einem so schwierigen Zeitpunkt getroffen wird, daß so etwas vom Gemeinderat beschlossen wird gegen die Arbeiter. Ich sage das sehr bewußt, S 1 Million gegen die 600 Entlassenen.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Pimsi hat schon darauf hingewiesen, das ist ein Subventionsansuchen mit einem verhältnismäßig großen Umfang. Ich darf aber darauf hinweisen, daß der Wirtschaftsverein Arbeiterheim seit eh und je, seit es diese Organisation gibt, die Casino-Säle jeder Organisation, -auch die Grünen waren schon drinnen, Herr Gemeinderat Ramoser, -zur Verfügung stellt und daß jene Veranstaltungen, die von der sozialistischen Partei oder einer ihr nahestehenden Organisation im Casino abgeführt werden, in einer verhältnismäßig kleinen Zahl sind. Rund drei Viertel aller Veranstaltungen, die im Casino stattfinden, sind nicht parteiabhängig von der sozialistischen Partei, sondern von irgend anderen Organisationen. Jeder von Ihnen kennt den Casinosaal und weiß, daß die Situation dort schon mehr als unerträglich war und daß eine Renovierung unbedingt notwendig gewesen ist. Ich glaube auch im Hinblick auf die Landesausstellung im Jahre 1987 müssen wir in Steyr die notwendigen Voraussetzungen für die Bewirtung aber auch für Veranstaltungen haben und deswegen scheint es mir unbedingt notwendig, diesen Saal entsprechend zu renovieren und diese Renovierung entsprechend zu unterstützen. Der Casinosaal ist aus dem Gesellschaftsleben unserer Stadt, ob das im Winter oder Sommer ist, nicht mehr wegzudenken.

Kollege Ramoser, ob die sozialistische Partei oder eine nahestehende Organisation in der Lage ist, etwas selbst zu finanzieren oder nicht, das können Sie nicht beurteilen. Das möchte ich zur Kenntnis bringen. Das ist sicher allein Sache dieser Organisation. Ich glaube, daß wir mit der Renovierung dieses Saales dazu beitragen, daß das Angebot an unsere Besucher, aber auch für unsere Steyrerinnen und Steyrer verbessert wird, daß wir die Möglichkeit haben, sowohl die Ballsaison ohne große Probleme abzuwickeln, denn der Stadtsaal allein ist sicherlich zu wenig. Es ist notwendig, daß wir zusätzliche Räumlichkeiten haben. Ich lade Sie alle ein, besuchen Sie den Casinosaal, er ist wirklich in Ordnung renoviert worden. Das Gewölbe wurde wieder zutage befördert und die Besucher sind davon begeistert. Außerdem werden mit der Millionensubvention rund S 4 Mill.- es werden nicht 3,2 sein, so wie ursprünglich angenommen, sondern es werden rund 4 Mill. sein, die diese Renovierung kostet - auch dem Arbeitsmarkt zugute kommen. Eine Reihe von Handwerksbetrieben aus Steyr und Umgebung konnten hier ja nicht unbeträchtliche Aufträge erhalten.

Ich darf Sie bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für diese Wortmeldung und übergebe den Vorsitz wieder Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, bei diesem Antrag geht es darum, ob der Verein Arbeiterheim eine Förderung von der Stadt erhalten soll oder nicht, ob das gerechtfertigt ist. Kollege Ramoser zweifelt das an in der heutigen sehr schwierigen Situation in unserer Stadt und gebraucht das Argument, das ist gegen die Arbeiter. Ich glaube nicht, daß die ganzen Renovierungsarbeiten, die ja bereits durchgeführt wurden im Arbeiterheim Casino, gegen die Arbeiter gerichtet waren, sondern gerade in der Bauwirtschaft sind einige Schwierigkeiten aufgetreten. Eine Investition von S 4 Mill. ist sicherlich nicht gegen die Arbeiter, aber ich benütze so ein Argument nicht dazu, daß man immer sagt, Arbeitsplätze werden damit geschaffen oder erhalten, aber der Fakt ist dies. Ich glaube, daß die Äußerung von Kollegen Ramoser ein bißchen persönlich kommt, denn ich glaube nicht, die die Grüne-Alternative Liste und die Anhänger, die ich kenne, gegen die Arbeiter eingestellt sind und daß halt ein kleiner subjektiver Beigeschmack drinnen ist. Ich bin ein alter Fuchs auf diesem Gebiet, wenn man sagt, auf der einen Seite gibt man Förderungen, wo man die Kreditsperre in Anwendung bringt, auf der anderen nicht. Ich glaube, das ist eine kleine Anspielung an eine Konzessionsinhaberin, die sehr nahe bekannt ist von Dir, wo man halt nicht S 10.000,- ausgezahlt hat, sondern nur S 8.000,-. Es gibt ja andere Methoden wenn man die Mehrheit hat, wenn man eine Million bekommt, so gibt man die 20 % darauf, dann wird es wieder 1 Million. Ein Fakt ist, daß ja dieses Objekt - das ist das Wesentliche - nicht in erster Linie der sozialistischen Partei dient, sondern im Interesse unserer Stadt renoviert wurde. Ich sitze schon länger in diesem Gemeinderat, glaubst Du, da brauchen wir irgend jemanden, der das ein bißchen durchschauen könnte, wenn man da eine indirekte Parteienfinanzierung durchführt. Es war doch bei der ersten Renovierung, die 20 Jahre zurückliegt auch so, daß die KPÖ dafür war, daß man dort eine Summe bereitstellt, aber nur aus dem Grund waren wir dafür, daß diese Räumlichkeiten allen Parteien zur Verfügung stehen. In erster Linie ist es uns aber darum gegangen, daß es den Vereinen, den kleinen Bewegungen zur Verfügung gestellt wird, diese ganzen Säle und Einrichtungen, weil gerade diese kleinen Vereine - wir haben ungefähr 160 Vereine und dazu kommen noch viele kleine Bewegungen - nicht die finanziellen Mittel aufbringen, um sich einen großen Saal zu mieten, z. B. den Stadtsaal. Es würden hier Einengungen erfolgen und daher waren wir damals schon dafür, obwohl dieser Verein Arbeiterheim natürlich ein Nahverhältnis hat zur sozialistischen Partei in Steyr. Das weiß ja jeder Mensch, aber das Entscheidende ist, daß diese Säle der Öffentlichkeit und vor allen den kleinen Vereinen zur Verfügung gestellt werden, ohne Einschränkung, das möchte ich sagen. Ich bin bestimmt einer jener gewesen, der in der Bewegung für die Erhaltung des Wehrgrabens auch eine Rolle gespielt hat in dieser Stadt hier im Gemeinderat. Es ist ja niemand anderer hier gesessen, der dafür aufgetreten ist. Gerade diese Bewegung, dieses Komitee hat sich eingefunden in den Casino-Sälen und auch die Presse war dort anwesend. Wir haben dort einen Kampf geführt gegen die Stadtgemeinde, wir haben den damaligen Bürgermeister aufgefordert, er soll kommen, er ist offenbar in sein eigenes Haus nicht gekommen. Ich bin dafür, daß wir diese Unterstützung in Form der Subvention von S 750.000,- gewähren und auch das Darlehen von S 250.000,-, wie im Antrag vorgesehen, in fünf Jahresraten, geben. Und zwar mit der deutlichen Unterstreichung,

daß nach wie vor, wie bisher, diese Säle für alle Vereine, unabhängig welcher politischen Richtung sie angehören, zur Verfügung gestellt werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Kollegen Pimsl um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich danke für die sachliche Diskussion mit einer Ausnahme. Ich kann hier sehr wohl erkennen, daß Sie mit mir einer Meinung sind, daß dieses Darlehen und diese Subvention keinerlei Parteifinanzierung darstellt, sondern dazu beiträgt, um ein echtes Bedürfnis der Öffentlichkeit abzudecken, mehr Veranstaltungsräume zu haben, als dies gegenwärtig der Fall war. Daß wir darüber durchaus unterschiedlicher Auffassung sein können, ob es sparsamer, geschickter, wirtschaftlicher ist, sich direkt solche Einrichtungen als Kommune zu bauen und zu erhalten, oder durch entsprechende Subvention zu solchen Einrichtungen beizutragen. So wie wir hier im Gemeinderat sitzen wissen wir, daß wir mit dem Stadtsaal und mit den damit verbundenen Kosten vielfache Erhöhungen und Preise hinnehmen mußten, ohne dabei in der Erhaltung eine entsprechende Wirtschaftlichkeit zu erzielen. Das wurde hier des öfteren kritisiert und wir kommen nicht umhin, für unsere gemeindeeigenen Einrichtungen entsprechend aufzukommen. Hier wird versucht, wie schon des öfteren, für eine Einrichtung, die auf Vereinsbasis besteht oder durch private Betriebe in anderen Fällen, durch einen Zuschuß und durch ein Darlehen diese Finanzierung und diese Arbeiten ausführen zu können. Es ist ungeheuerlich von Herrn Ramoser hier zu behaupten, das sei eine versteckte Parteienfinanzierung. Ich muß mit aller Schärfe für meine Fraktion eine solche Unterstellung zurückweisen. Denn, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wie schon ausgeführt, werden nicht nur die 1,5 Mill. Schilling, die wir mit dem Beschluß, der hoffentlich auch getätigt wird, bzw. 1 Mill. Schilling, ausgeben, es sind S 4 Mill. auszugeben. Damit wird auch Arbeitsplatzsicherung betrieben. Wenn man hier so polemisch wie Kollege Ramoser sagt, wenn man heute S 1 Mill. dafür verwendet, so wird das den Steyr-Werke-Mitarbeitern vorenthalten, so erlauben Sie mir bitte die Bemerkung, dümmer, polemischer kann man so etwas nicht machen. Es steht eines fest, daß wir hier dafür sorgen mit einer Subvention von rund S 4 Millionen, daß mehrere Firmen und deren Mitarbeiter Arbeit haben, wenn auch nicht auf Dauer. Herrn Ramoser ist offenbar bis heute unbekannt geblieben, daß heute ein Arbeitsplatz, sofern er neu geschaffen wird, nicht S 1 Mill., sondern S 5 Mill. erfordert. Nachzulesen bei den Investitionen für BMW Steyr. Aber das weiß Kollege Ramoser nicht, weil ihm diese Begriffe fehlen.

GEMEINDERAT RAMOSER:

Herr Kollege Pimsl, um S 5 Millionen wurden im Mühlviertel 20 Arbeitsplätze geschaffen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Wir wohnen nicht im Mühlviertel, sondern in Steyr und die Arbeitsplätze sind auch in Steyr. Herr Ramoser, es ist schade um die Zeit, darüber mit Dir zu diskutieren, weil es offenbar nicht möglich ist, eine objektive Vorgangsweise und vor allem eine ohne Emotion zu führen.

Ich bitte Sie daher nochmals, meine Damen und Herren des Gemeinderates, diesem meinen Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL - GR Ramoser) und einer Stimmenthaltung (FPÖ - GR Eichhübl) angenommen.

Damit ist dieser Antrag beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Das Jugendinformationszentrum, Bezirk Steyr, hat sich an die Stadt Steyr um Gewährung einer Subvention zur Sanierung der Räumlichkeiten und technischen Einrichtungen des Jugendzentrums Steyr, Eisengasse 3, gewandt und die Lage wie folgt begründet.

Der Verein Jugendinformationszentrum stellt auf Klubbasis seine Einrichtungen allen Jugendlichen, ohne Ansehen deren politischen Herkunft, unentgeltlich zur Verfügung. Mit der Leitung des Betriebes ist hauptberuflich eine Absolventin der Sozialakademie betraut. Die anfallenden Betriebskosten des Jugendzentrums werden teils durch Spenden und teils durch Subventionen gedeckt. Um die Weiterführung dieses Betriebes zu sichern, war es unbedingt erforderlich, eine Totalsanierung der Räumlichkeiten und technischen Einrichtungen vorzunehmen. Seit Ende 1985 wurden für diesen Zweck Mittel in der Höhe von S 317.000,- aufgewendet.

Es wird daher vorgeschlagen, dem Ansuchen des Jugendinformationszentrums, Bezirk Steyr, zu entsprechen und eine einmalige außerordentliche nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von S 250.000,- zu gewähren.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

7) Ha-6435/86

Jugendinformationszentrum Steyr; Eisengasse 3;
Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Dion. vom 16. 10. 1986 wird dem Verein Jugendinformationszentrum, Bezirk Steyr, 4400 Steyr, Promenade 2, zur Sanierung der Räumlichkeiten und technischen Einrichtungen des Jugendzentrums Steyr, Eisengasse 3, eine einmalige außerordentliche nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 250.000,- gewährt. Im Hinblick auf den Verwendungszweck wird von der Anwendung der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre Abstand genommen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 250.000,-- (zweihundertfünfzigtausend)

bei der VA-St. 1/259000/777000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich bin generell für die Schaffung von Jugendinformationszentren, ich bin aber nicht für die Schaffung von Jugendinformationszentren, wo die Jugendlichen das tun müssen, was ihnen die Parteien vorschreiben. Es gibt in Steyr momentan ein Jugendzentrum, ausgerichtet nach der ÖVP, es gab eines, ausgerichtet von der SPÖ und es gibt keines, das für Jugendliche da ist. Der Jugendliche ist in der Lage, das möchte ich betonen, selbst zu bestimmen, in welcher Örtlichkeit er sich aufhalten kann. Er braucht sicher nicht den Parteiapparat dazu. Daß so wenige Personen solche Jugendzentren besuchen - ich ließ mir sagen, 10 Leute von 17 - 19 Uhr waren in diesem großen Jugendzentrum anwesend in Steyr, das gefördert wird mit

S 250.000,-. Ich denke, das ist ein bißchen wenig an Zulauf zu diesem Jugendinformationszentrum. Ich kann mich noch gut erinnern an die Zeit, als es ein Jugendzentrum von der Gewerkschaft, unterstützt von der SPÖ, gab. Dort war sehr sehr viel los; dort versuchten Leute, ein Jugendzentrum aufzubauen nach ihren Richtlinien. Es gab enorme Schwierigkeiten und oft mußte die Polizei dorthin fahren, weil gerauft wurde oder irgendwelche Beschädigungen am Lokal stattfanden. Ich glaube, man müßte einen Weg finden, damit man den Jugendlichen eine Chance gibt, ihr eigenes Lokal im Stadtteil einzurichten. Daß damit Schwierigkeiten verbunden sind, ist mir vollkommen klar. Es müßten eben Leute dort sein, die Verständnis für die Jugendlichen haben und für deren Probleme. Es ist doch so, daß ein Großteil der Jugendlichen die Leidtragenden unserer Gesellschaft sind. Sie müssen z. B. aushalten, wenn eine große Arbeitslosigkeit kommt, dann ist der Jugendliche und der ältere Mensch als erster betroffen. Ich finde, man sollte versuchen, mit den Jugendlichen Jugendzentren zu bauen, die dezentral errichtet sind, vielleicht in Stadtteilen, in jedem Stadtteil eines, und man soll eingehen auf die Jugendlichen und versuchen, mit diesen Leuten ein solches Zentrum zu führen.

Ich muß auch sagen, daß die S 750.000,- plus S 250.000,- Darlehen für die SPÖ die Vermutung nahebringen, hier ein gesamtes Abstimmungsergebnis herbeizuführen und darum die S 250.000,- für ein Jugendinformationszentrum der ÖVP.

Ich sage, das ist eine Vermutung und nicht mehr. Ich wehre mich dagegen, wenn hier aufgeteilt wird nach der Größe der Parteien. Man müßte die Parteien hier herauslassen. Die Vereine sind selbständig in der Lage, ihren Betrieb zu führen, man braucht sie nicht ständig erinnern, an welche Organisation sie sich anschließen müssen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Kollege Ramoser fordert mich eigentlich immer wieder heraus, doch einiges zu sagen, obwohl es in diesem Raum eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, daß unsere Stadt und auch von Seiten einer Oppositionspartei immer Anregungen gemacht werden sollen, wie kann man unserer Jugend in der Stadt helfen. Wenn man hier einfach Dinge auf den Kopf stellt, so möchte ich doch sagen, daß es z. B. in Steyr kein Jugendzentrum der Gewerkschaft gegeben hat, leider. Es war nämlich im Zusammenhang mit der Errichtung der neuen Arbeiterkammer möglich, auch an die Jugend zu denken. Es ist zwar von der Arbeiterkammer finanziert worden, aber auch die Stadt Steyr hat diese Frage der Möglichkeit des Zusammenfindens der jungen Menschen, unabhängig der Partei und Konfession, zu gewährleisten, und hier haben wir eben die Arbeiterkammer gesehen. Auch als Oppositionspolitiker bin ich sehr entschieden dafür eingetreten, und habe den Beschluß der öö. Arbeiterkammer begrüßt. Gleichzeitig aber bin ich hier in Steyr aufgetreten, daß man das durchführt. Daß dieses Projekt so geendet hat, hast Du ja geschildert, nämlich aus dem Grund, weil man eben diese Räumlichkeiten weitgehend so zur Verfügung gestellt hat, daß sie tun und lassen konnten, was sie wollten. Dann ist die Sperre gekommen, das wollen wir aber nicht.

Ich bin auch der Auffassung, wie Ramoser meinte, man müßte Zusammenkunftsmöglichkeiten in den Wohngebieten schaffen. Das ist nicht neu. Wir haben Mehrzweckhallen usw., aber das ist zu wenig. Das haben wir x-mal besprochen, das haben wir x-mal hier im Gemeinderat besprochen, daß man solche Möglichkeiten schaffen muß, besonders in den neuen Wohngebieten, wie dies auch am Tabor ist. Aber diese berechtigte Anregung umzudrehen und zu sagen, dann schließen wir halt die anderen, weil ohne finanzielle Unterstützung wird sich heute kein Verein halten, auch wenn es ein katholischer Verein ist. Ich möchte nicht sagen, wie

man es hier teilweise zum Ausdruck bringt, das ist ein roter Verein, das ist ein schwarzer Verein oder ÖVP-Verein. Das ist das Informationszentrum, sagen wir es ganz offen vor allem der katholischen jungen Menschen, die sich dort zusammenfinden. Was machen die dort? Ich war selbst schon in diesem Informationszentrum und dort geht es vor allem auch um eine Weiterbildung, um eine Vortragstätigkeit für die Jugend und dieser Verein wird auch ehrenamtlich geführt, wie viele viele andere Vereine und daher tritt auch die kommunistische Partei immer dafür ein, daß man so ehrenamtliche Tätigkeiten unterstützt und vor allem daß eine Möglichkeit besteht, daß junge Menschen zusammenkommen können. Dort gibt es auch sehr viele Fragen, die in manchen Lokalen nicht so im Vordergrund stehen. Man kennt meine Weltanschauung und weiß, daß ich nicht in erster Linie einen Treffpunkt für mich dort suche, aber auch dort gehe ich hin. Ich komme auch in katholische Säle nach Garsten. Wenn es mir heute ausgeht, es ist ja ein Vortrag "Ärzte für den Frieden" im Garstener Pfarrsaal. Man muß solche Vereine unterstützen. Natürlich liegt es nahe, vor allem in der Öffentlichkeit, anzunehmen, und noch dazu wenn sie diese Anträge so nahe beinander finden auf der Tagesordnung, daß hier versucht wird, einem nahestehenden Verein der Mehrheit oder auch der ÖVP etwas zuzuschancen. Ich glaube, es ist ein Zusammentreffen der Arbeiten, die dort durchgeführt wurden und man kann ganz offen aussprechen, daß es berechtigt ist, wenn die Bevölkerung sagt, wir glauben, daß das nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen ist. So quasi die SPÖ versucht mit dieser Art die Zustimmung der ÖVP zu erhalten. Sind diese beiden Vereine, der Verein Arbeiterheim oder dieses katholische Jugendinformationszentrum subventionswürdig oder nicht, nur darum geht es. Ich glaube, daß man auch in diesem Sinne - da kann ich sicher ganz offen reden, denn Sie können auf Jahrzehnte nachlesen, daß meine Partei jede Parteienfinanzierung, auch wenn sie indirekt sein sollte, ablehnt - sagen kann, daß meine Partei ein solches Begehren noch nie gestellt hat. Ich habe vielfach schon zugestimmt, wo es hier keine Diskussion gegeben hat. Ich bin auch voll dafür gewesen, daß man z. B. gerade im Wehrgraben bestimmte Lokale fördern soll, weil es dort im argen liegt in der Richtung, daß Menschen zusammenkommen können. Auch hier muß ich ganz offen sagen, ich bin freudigen Herzens dafür eingetreten, daß man eine Förderung gegeben hat z. B. für "Knapp am Eck", das ist kein Geheimnis, wir haben dort immerhin S 80.000,- gegeben. Das ist berechtigt, weil dort fortschrittliche junge Menschen zusammenkommen, dort Vorträge hören und gleichzeitig kulturelles geboten wird. Es würde mir nicht im Traum einfallen zu sagen, das ist eine Richtung, weil dort bestimmte Menschen zusammenkommen, die in die Richtung der GAL gehen. Auf jeden Fall müssen wir ganz objektiv auch alle anderen Vereine in die Richtung unterstützen, wo es ehrenamtliche Menschen gibt, die ihre Freizeit zur Verfügung stellen, daß diese Vereine überhaupt noch am Leben sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL - GR Ramoser) angenommen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der letzte Antrag aus diesem Block bezieht sich auf die Gewährung einer Annahmeerklärung, die wir brauchen, um bei unserer Abwasserbeseitigungsanlage wieder einen Schritt weiterzukommen.

Es geht darum, daß von der Stadt Steyr am 15. Dezember des vergangenen Jahres ein Antrag gestellt wurde, aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds für den Bauabschnitt 05 der Stadt Steyr, das ist die Kanalisation in den Projektgebieten Steyrdorf-Fischhub-Plenkberg-Weinzierl und Nebenkanäle und Schlüsselhof. Mit der

Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds vom 25. 6. dieses Jahres wurde der Stadt Steyr ein 55 %iges Darlehen der Baukosten, rund S 100 Mill., das sind S 55 Mill., mit einem Tilgungszeitraum von 60 Halbjahresraten für die gegenständlichen Bau- maßnahmen gewährt. Um in den Genuß dieses Darlehens zu gelangen, ist es erforder- lich, a) eine Annahmeerklärung, zu der auch der entsprechende GR-Beschluß gehört, und b) einen Finanzierungsplan der Anlagenteile samt den vom Bund gefor- derten Beilagen beim Wasserwirtschaftsfonds vorzulegen. Aufgrund des Gesagten wird daher um Herbeiführung eines Beschlusses über die Annahme der Zusicherung vom 25. 6. d. J. ersucht.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

8) Ha-3136/74

Abwasserbeseitigungsanlage der Stadt Steyr, Bauabschnitt 05;
Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds; Annahmeerklärung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - städt. Kanalverwaltung - vom 24. 9. 1986 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein vom Wasserwirtschafts- fonds gewährtes Darlehen in der Höhe von S 55 Mill. für den Bauabschnitt 05 der Ab- wasserbeseitigungsanlage zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Sta- tutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages bitten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich darf Ihnen nun den einzigen Antrag aus meinem Ressort zur Kenntnis bringen. Es geht dabei um die Errichtung eines Geh- und Radweges entlang der Ennser Straße. Gemäß einem dringlichen Wunsch vor allem der Gleinker Bevölkerung wurden vom Stadt- bauamt Vorbereitungen zum Bau eines Geh- und Radweges entlang der Ennser Straße getroffen. Dieser führt von der Gleinker Kreuzung stadteinwärts auf der rechten Seite bis zum Anschluß an den vorhandenen Gehsteig beim Konsum-Markt Tabor. Durch diese Baumaßnahmen werden auch die Gewerbegründe Ennser Straße mit einem Gehsteig aufgeschlossen. Gleichzeitig ist vorgesehen, bei der Gleinker Kreuzung ei- ne lang urgierte Busbucht stadtauswärts zu errichten. Es sind für den Bau dieses Rad- und Gehweges 1.685 m² Grundablöse vom Bistum Linz erforderlich, wobei durch einen wahrscheinlich möglichen Rücktausch von 480 m² die Fläche auf 1.205 m² verringert wird.

Ich darf Sie daher bitten, folgendem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

9) Bau3-2830/86

Errichtung eines Geh- und Radweges Ennser Straße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 15. 9. 1986 wird der Errichtung des Geh- und Radweges Ennser Straße zugestimmt. Weiters wird der Einlöse der be- nötigten Grundflächen aus dem Eigentum der OÖ. Kraftwerke AG im Ausmaß von ca. 70 m² und aus dem Eigentum des Bistums Linz von voraussichtlich 1.205 m² je zum Preis von S 350,- pro m² zugestimmt. Für die restliche benötigte Grundfläche von rund 480 m² wird dem Bistum Linz voraussichtlich eine Fläche im selben Ausmaß aus dem Eigentum der Stadtgemeinde Steyr übereignet werden. 80 % der geschätzten Grundeinlösen werden sofort nach Vertragsunterfertigung, der Rest nach Endver- messung an die bisherigen Eigentümer angewiesen werden.

Gleichzeitig werden die hiefür notwendigen Arbeiten an die Landesbaudirektion Linz zum Preise von ca. S 300,-/m² übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

exkl. MWSt bei VSt 5/616000/002300 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 211.000,-- (zweihundertelftausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Mit dem vorliegenden Antrag auf Vergabe und Mittelfreigabe für den Geh- und Radweg entlang der Ennser Straße nach Gleink geht nicht nur ein langgehegter Wunsch der Gleinker Bevölkerung, sondern auch der Taboraner in Erfüllung. Der Radweg nach Gleink würde aber für die Resthofbewohner wenig bringen, wenn nicht eine Verampelung der Ausfahrt Siemensstraße - Ennser Straße gleichzeitig damit verbunden ist.

Mit der vorgesehenen Errichtung eines Busbucht bei der Gleinker Kreuzung wird auch einer von Kollegen Strasser seit Jahren vertretenen Forderung für die Gleinker Bevölkerung Rechnung getragen. Bisher war ja das Aussteigen aus dem Bus Richtung Linz von Steyr kommend fast unmöglich, man mußte direkt vom Bus in das tiefergelegene Feld steigen. Das Verlassen war fast lebensgefährlich.

Da aus dem Amtsbericht nicht hervorgeht, ob beabsichtigt ist, die Busbucht noch heuer im ersten Bauabschnitt zu errichten, der Bau aber aus den vorher angeführten Gründen so rasch wie möglich notwendig ist, ersuche ich auf jeden Fall um Berücksichtigung beim ersten Bauabschnitt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Als Sprecher meiner Fraktion unterbreitete ich ja im Gemeinderat bei der Sitzung am 22. Mai dieses Jahres neben notwendigen Straßenerhaltungsarbeiten, die im Straßen- und Asphaltierungsprogramm 1986 nicht enthalten waren, eine Reihe von zusätzlichen Vorschlägen. Darunter wurde von mir vorrangig die Errichtung dieses beantragten Rad- und Fußgeherweges entlang der Ennser Straße vom KGM-Kaufhaus bis Gleinker Kreuzung verlangt. Ich begrüße natürlich die heutige Beschlußfassung und die bereits - das möchte ich ausdrücklich feststellen - begonnene Errichtung des Geh- und Radweges in der Ennser Straße. Mit dieser Maßnahme wird die Sicherheit, aber zugleich auch die Gesundheit vieler Fußgeher und Radfahrer wesentlich erhöht, bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch erinnern, daß von mir bereits ein Wunsch vorgebracht wurde der Bewohner des Resthofes, daß der Abgang der Gehwege vom Wohngebiet Resthof zum Gasthof Sandmayr zur Fußgängerbrücke über die Enns nach Münichholz in Gang gesetzt und asphaltiert werden soll sowie für die Kinderwagen ehestmöglich befahrbar gemacht werden soll. Hier wären keine großen Summen notwendig und ich glaube, man könnte das noch vor Wintereinbruch machen, denn das wäre eine vordringliche Sache.

Ich möchte auch unterstützen die Anregung von Gemeinderat Spöck, der hinweist, daß es natürlich besonders für die Resthofbewohner, für ihre Sicherheit beim Überqueren der Ennser Straße zum diesem Radweg, der links der Ennser Straße in Richtung Gleink führt, notwendig ist, die Möglichkeit zu schaffen, gefahrlos diese Kreuzung zu passieren. Dazu ist nämlich unbedingt eine Verampelung notwendig, aber gleichzeitig ist diese Verampelung von mir bereits schon sehr lange gefordert worden im Zusammenhang mit dem von mir vorgebrachten Verkehrskonzept. Das ist auch eine Voraussetzung dazu. Man kann dieses Verkehrskonzept, diese Beruhigung des Verkehrs im Wohngebiet nur dann erreichen, wenn man auch die Ausfahr- und Zufahrmöglichkeit durch eine Ampelregelung gewährleistet. Aber es ist nicht nur so, daß man hier sagt, was einem gerade einfällt, sondern ich bin immer ziemlich fest dahinter, wie schaut das eigentlich aus? Machen die Bürgermeister oder die zuständigen Beamten alles, um das zu erreichen? Hier muß ich eines sagen, daß ein Ansuchen diesbezüglich bei der Bundesstraßenverwaltung vorliegt, aber bis jetzt noch nicht entschieden wurde, daß die Errichtung der Ampel bewilligt wurde. Das liegt nicht im Bereich der Stadt, es liegt wohl im Bereich der Stadt, wenn wir, ausgehend auch von der heutigen Sitzung, stärkeren Nachdruck üben, daß tatsächlich diese Verampelung dort erfolgt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte mich bei der Mehrheitsfraktion, bei der SPÖ, bedanken, daß wieder ein Teilstück von einem Radweg errichtet wird. Wir sehen es als sehr erfreulich an, wenn mehr Radwege in Steyr errichtet werden, wir wollen nämlich ein gesamtes Netz. Wir möchten gerne ein Radwegenetz, damit die Leute von einem Stadtteil zum anderen ununterbrochen auf einem Radweg fahren können. Es ist sehr wichtig für einen Radfahrer, daß er nicht Straßen überqueren muß, wo sich eben Gefahrenstellen bilden, sondern daß er geschlossen auf einem Radweg von zu Hause zur Arbeitsstelle kommen kann.

Darum mein Dank an den Herrn Bürgermeister und an die SP-Fraktion, daß dies vorangetrieben wird.

Zum Kollegen Spöck muß ich sagen, ich teile seine Auffassung, es ist unheimlich gefährlich, in der Siemensstraße in die Ennser Straße einzumünden. Die Ennser Straße ist stark befahren und es gibt dort, weil die Straße so gerade ist, sehr viele Schnellfahrer. Mit einem Fahrrad ist es fast unmöglich, von der Siemensstraße herauszukommen in die Ennser Straße. Wenn man davon ausgeht, daß viele Kinder, die die Schule am Tabor besuchen, mit dem Fahrrad fahren und dabei diesen Radweg benützen, so werden sie die Ennser Straße überqueren müssen, sonst kommen sie nicht hinüber. Es wäre eine sehr gute Lösung, eine Über- oder Unterführung zu machen. Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen. Eine Verampelung bringt auch Probleme, da der Autofahrer dazu neigt, diese Ampel zu übersehen. Eine Über- oder Unterführung würde den Kindern das ungefährdete Fahren zur Schule ermöglichen.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Wenn sie diese Unterführung benützen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ja, wenn sie diese benützen.

Es wäre auch noch anzuführen, das ist ein großes Anliegen vieler Münichholzer, wenn wir gerade von Radwegen sprechen, genau den Radweg zu verlängern, der entlang der Enns führt und beim Pumpwerk herauf auf die Haratzmüllerstraße führt. Dort muß man die Straße überqueren, das ist eine sehr sehr gefährliche Stelle. Im Zuge dieser Bauarbeiten wäre es doch möglich, daß man den Radweg weiterführt bis zum Münichholzweg und da kann man einbiegen hinauf zur Punzerstraße.

Nochmals darf ich sagen, daß ich diesen Radweg sehr unterstütze. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister!
Obwohl die Sache an und für sich bereits gelaufen ist, denn es handelt sich um einen Dringlichkeitsantrag, möchte ich doch auch noch ein paar Worte sagen, bevor dieser Antrag vor diesem Gremium zur Abstimmung kommt. Selbstverständlich bin ich auch dafür, daß Geh- und Radwege im Bereich der angesprochenen Ennser Straße errichtet werden, um vor allen Dingen der Bevölkerung von Gleink aber auch der Bevölkerung des Resthofgebietes die Möglichkeit zu geben, auf diesen Wegen zur Stadt zu kommen oder von der Stadt wieder in ihr Wohngebiet zurückzukommen.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nützen und wieder an das Radwegekonzept erinnern, nämlich an jenes Radwegekonzept, das im Rohentwurf seinerzeit von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion eingebracht wurde und wofür 1984 1 Mill. S im Voranschlag bereitgestellt wurde. Dieses Radwegekonzept geht von Zwischenbrücken aus, um dann in weiterer Folge alle inneren Stadtteile erreichen zu können. Ich habe mehrmals auch im Verkehrsausschuß darauf hingewiesen und die Anfrage gestellt, Kollege Pimsl kann sich daran erinnern, daß diese Situation im Bereich Zwischenbrücken geprüft wurde oder wird. Wir haben aber leider noch kein Prüfungsergebnis und ich möchte nochmals daran erinnern, auch daran zu denken, tatsächlich nach diesem vorgelegten Radwegekonzept vorzugehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Enöckl bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ENÖCKL:

Meine Damen und Herren, es ist schon sehr viel zu diesem für uns Gleinker äußerst wichtigen Beschluß heute gesagt worden. Mit der heutigen Beschlußfassung zur Errichtung eines linksseitig der Ennser Straße zu bauenden Radweges in Richtung Gleink wird ein langgehegter Wunsch realisiert. Die Bewohner aus den Bereichen Tabor und Resthof und natürlich im besonderen die von Gleink werden sicher diesen Radweg nach Fertigstellung rasch in ihr Benützungsrecht überleiten. Der erste Bauabschnitt mit einer Länge von 590 m reicht von der Gleinker Kreuzung bis zur Fischbraterei und befindet sich derzeit im Bau. Es soll eine zweite Bausteppe folgen, die bis zum bereits vorhandenen Gehweg beim KGM führt. Dazu möchte ich heute den Herrn Bürgermeister ersuchen, die Bauabwicklung für 1987 vorzusehen und auch durchzuführen, um einen kontinuierlichen Übergang aus dem Raum Gleink in die Stadt und umgekehrt zu gewährleisten. War es bisher für Fußgänger und Radfahrer eine gefährliches Unternehmen, die Bundesstraße zu benützen, so bringt die neue Trassierung in Zukunft eine relativ gefahrlose Sicherheit und Benützung, noch dazu im Schatten der herrlichen Birnbaumallee, die sich entlang der Bundesstraße befindet. Dem Planer, Herrn Ing. Grassnigg, möchte ich auch von dieser Stelle aus ein Dankeschön sagen, daß er unkonventionell so eine umweltfreundliche Lösung gefunden hat. Somit wird wieder ein Beitrag zum immer wieder geforderten weiteren Ausbau des Radwegenetzes geleistet. Gefahrlos gehen, gefahrlos radfahren – ein Beitrag zur Sicherheit, zur Hebung der Verkehrssicherheit in unserem Bereich.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Enöckl für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand zu spre-

chen? Das ist nicht der Fall, ich ersuche daher den Berichterstatter um sein Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren, ich freue mich natürlich über die hohe Übereinstimmung der Diskussionsbeiträge zu diesem Projekt. Haben Sie aber bitte Verständnis dafür, daß ich hier die Vaterschaft, die jeder für sich reklamiert, nicht entscheide. Ich betone die hohe Übereinstimmung, da wir hier ein Stück Arbeit leisten, welches von der Bevölkerung sehr wohl anerkannt, gewünscht und hoffentlich auch benützt wird. Das ist mir das Wichtigste.

Zu den anderen Beiträgen, die im Zusammenhang mit der Errichtung dieses Rad- und Gehweges vorgetragen wurden, darf ich nur verweisen, daß Kollege Tremml schon hingewiesen hat, daß ein entsprechender Antrag der Verampelung der Kreuzung Ennser Straße - Siemensstraße gestellt wurde.

Auch hier noch ein Wort von meiner Seite. Ein gleicher Antrag wurde in der Sierninger Straße gestellt von uns und der wurde vom Bauamt der OÖ. Landesregierung abgelehnt. Ich habe heute Herrn Bürgermeister einen Brief vorgelegt, in dem wir die OÖ. Landesregierung für den Bereich Sierninger Straße, weil es zu diesem Bereich dazugehört zum gefahrlosen Überqueren von Bundes-, Landes- oder Gemeindestraßen, ersuchen um die Erlaubnis, daß die Stadt Steyr auf ihre Kosten eine solche Fußgängerampel errichtet. Weil mir, meine Damen und Herren des Gemeinderates, und auch Ihnen sicher die Gesundheit der Menschen wichtiger ist als Paragraphen. Daher glaube ich, daß wir auch dort entsprechende Maßnahmen setzen werden müssen, wenn hier durch das Bauamt, das den Bund in dieser Angelegenheit vertritt, das nicht entsprechend behandelt oder gar abgelehnt werden sollte. Ich meine nach wie vor, so kann man Probleme nicht lösen. Das ist das eine.

Zum Radwegenetz darf ich von dieser Stelle aus sagen, daß sehr wohl diesbezüglich entsprechende Maßnahmen gesetzt werden und wir werden nach Fertigstellung des Bauloses Bad I, die Haratzmüllerstraße ist sehr wohl vorgesehen, daß das Verbindungsstück vom Pumpwerk bis zum Münichholzweg mit einbezogen wird, und es wird spätestens im Frühjahr über Wunsch der Münichholzer Bevölkerung daran gegangen werden - aus verständlichen Gründen nicht während des Winters - ein geschlossenes Radwegenetz zu markieren zu beschildern, damit jeder Ortsunkundige auch dieses Radwegenetz befahren kann. Ich glaube, daß wir sehr wohl auf dem Gebiet der Errichtung eines geschlossenen Radwegenetzes mit diesem Teilstück ein beträchtliches Stück weiterkommen und daß wir darüber hinaus die entsprechenden Verbindungswege auffindig machen müssen, damit sie nicht unbedingt auf verkehrsreichen Straßen erfolgen. Damit müssen wir auch eine Unterstützung geben, um umzusteigen auf das Fahrrad, und um sich gesundheitlich, sportlich in der Freizeit betätigen zu können.

Zu Zwischenbrücken darf ich um Nachsicht bitten, daß das noch nicht geschehen ist, weil der Zeitraum zu kurz war. Koll. Eichhübl, wenn Du Dich erinnerst, es wurde mit den Arbeiten, die dort notwendig waren, sehr spät begonnen. Es ist vernünftiger, die Radsaison abzuwarten und dann eine Bilanz zu ziehen, wie weit hier von den Verkehrsteilnehmern davon Gebrauch gemacht wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Vortrag.

Bevor ich Kollegen Sablik das Wort erteile, unterbreche ich die Sitzung für ca. 15 Minuten zum Zwecke einer Lüftungspause.

Pause von 16.45 - 17 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich eröffne die Sitzung wieder und erteile als nächstem Berichterstatter Herrn Stadtrat Sablik das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen 4 Anträge vorzulegen und ersuche um Zustimmung.

Der erste lautet:

10) Bau3-3982/86

Straßenbau Wehrgrabengasse und Fabrikstraße - 1. Teilabschnitt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 26. 6. 1986 wurde der Auftrag zur Durchführung der Unterbauarbeiten für den Straßenbau in der Wehrgrabengasse von der Elbabrücke bis zur Schlagerbrücke und die Zufahrt zur Inneren Reiterbrücke an die ARGE Kanal Wehrgraben II (Negrelli, Beer & Janischofsky, Zwettler und Mayr-Bau) zum Preise von S 26.662.998,50 übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 9. 1986 wird nunmehr einer Auftragerweiterung in der Höhe von S 1.201.789,20 zur Durchführung von notwendigen Zusatzarbeiten zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 800.000,-- (achthunderttausend)

für die Baurate 1986 bei der VA-St. 5/612000/002140 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Akt betrifft die Verlegung der Winklinger Straße infolge Kantenabbruchs. Er lautet:

11) Bau3-941/86

Verlegung der Winklinger Straße infolge Kantenabbruchs an der linksufrigen Konglomeratbank.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 10. 1986 wird der Auftrag zur Verlegung der Winklinger Straße infolge Kantenabbruches an der linksufrigen Konglomeratbank, 1. Bauabschnitt, an die Fa. Mayr Bau-Zwettler zum Preise von S 818.896,80 inkl. MWSt. übertragen. In einem wird der Einlösung von privaten Grundstücken im Ausmaß von S 103.590,- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden

S 300.000,-- (dreihunderttausend)

bei der VA-St. 5/612000/002530 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 300.000,-- (dreihunderttausend)

bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gegenstimmen? Enthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Beim nächsten Antrag geht es um die Aufschließung der Gewerbegründe Ennser Straße. Der Antrag lautet:

12) Bau3-6277/85

Bau6-6278/85

Bau3-3858/86

Bau6-3859/86

Aufschließung der Gewerbegründe Ennser Straße;
Teil 1 und 2; Straßen- und Kanalbau.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 10. 1986 werden im Zusammenhang mit der Aufschließung der Gewerbegründe Ennser Straße Teil 1 und 2 folgende Aufträge vergeben:

1. Straßenbauarbeiten und Baumeisterarbeiten für die Straßenbeleuchtung:
an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preise von S 1,009.766,40 inkl. USt.

2. Kanalbauarbeiten: an die Fa. Zwettler, Steyr
zum Preise von S 754.670,50 exkl. USt.

3. Elektroinstallationsarbeiten für die Straßenbeleuchtung Teil 1:
an die Fa. Kammerhofer, Steyr, zum Preise von S 38.860,80 inkl. USt.

4. Elektroinstallationsarbeiten für die Straßenbeleuchtung Teil 2:
an die Fa. Berger, Steyr, zum Preise von S 41.510,82 inkl. USt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 930.000,-- (neunhundertdreißigtausend)

bei der VA-St. 5/612000/002080 sowie

S 755.000,-- (siebenhundertfünfundfünfzigtausend)

bei der VA-St. 5/811000/050510 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen?

Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Mein letzter Antrag lautet:

13) SH-4771/76

Seniorenpaß; Gutscheine für kulturelle Ver-
anstaltungen; Erhöhung des Bonwertes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 1. 10. 1986 haben im Zusammenhang mit der Ausgabe des Seniorenpasses in Abänderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 28. 4. 1977 in der Fassung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 5.

12. 1978 und 19. 2. 1981 im Abs. 3 die Ziffern 3 und 4 wie folgt zu lauten:

3. 5 Gutscheine für Ermäßigung von S 50,- pro Eintrittskarte für Veranstaltungen des Kulturamtes der Stadt Steyr bei Eintrittspreisen über S 50,- (Theater, Konzert usw.)

4. 5 Gutscheine zum kostenlosen Eintritt für Veranstaltungen des Kulturamtes der Stadt Steyr bei Eintrittspreisen unter S 50,- (Vorträge, Dichterlesungen usw.)

Dieser Beschluß wird erstmals bei der Ausgabe des Seniorenpasses für das Jahr 1987 wirksam.

Ich darf Ihnen noch mitteilen, daß der Aufwand dafür S 88.000,- ausmachen wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Holub staunt darüber, aber ich möchte nur in Erinnerung rufen, daß ich mich als Sprecher der kommunistischen Fraktion bereits bei der Vorbereitung im zuständigen gemeinderätlichen Ausschuß für die vorgeschlagene Erhöhung des Bonwertes im Seniorenpaß für kulturelle Veranstaltungen ausgesprochen habe. Im Auftrag meiner Partei habe ich bereits darüber hinaus mit einer schriftlichen Eingabe im Juli dieses Jahres zur Erstellung des Budgets für das kommende Jahr 1987 die erhöhte Mittelbereitstellung für die Erweiterung der Leistung des Seniorenpasses vorgeschlagen. Es soll nach unserer Auffassung der Seniorenpaß der Stadt Steyr allen Pensionisten und Pensionistinnen unserer Stadt, unabhängig vom Alter ab 1987 gewährt werden. Aufgrund der heutigen wirtschaftlichen Situation in unserer Stadt kommt es, wie Sie ja wissen, zu zwangsweisen Frühpensionierungen von Arbeitern und Angestellten und dadurch entstehen natürlich soziale Härten für die Betroffenen, die mit der vorgeschlagenen Maßnahme meiner Meinung nach gemildert werden sollen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Berichterstatter um sein Schlußwort.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Die Anregung des Kollegen Treml haben wir bereits im Wohlfahrtsausschuß gehört. Das ist eine finanzielle Frage, ob zu den 6.500 ausgestellten Seniorenpassen noch eine weitere Anzahl aufgrund der Herabsetzung der Altersgrenze – darauf läuft das ja hinaus – kommen kann. Nach meiner Ansicht kann man dem zustimmen, allerdings ist es eine finanzielle Frage, die durch das Budget geklärt werden müßte. Wenn bei der Budgeterstellung die notwendigen Mittel vorgesehen sind, könnte man darüber sprechen. Ich kann aber, so leid es mir tut, als Wohlfahrtsreferent und Funktionär eines Pensionistenverbandes in Steyr sagen, daß wir ad hoc ab 1987 uns das nicht vorstellen können. Und zwar aus Gründen, die eben in der finanziellen Bedeckbarkeit dieses Antrages liegen. Wir kennen die Statistik in Steyr und es gibt auch andere Anträge, die im Wohlfahrtsausschuß besprochen worden sind und auch mit dem Seniorenrat der Stadt Steyr besprochen wurden. Es ist ja kein Geheimnis und wir können auch hier in diesem Kreis darüber sprechen, daß es Pensionisten gibt, sogenannte Frühpensionisten, die eine sehr hohe Pension erhalten und es gibt Pensionisten, die schon aus früheren Zeiten mit niederen Bemessungsgrundlagen ihre Pension beziehen, die also sehr niedere Pensionen haben. Von seiten der Mitglieder des Seniorenrates gibt es im Gespräch schon eine gewisse Staffelung bei der Ausgabe des Seniorenpasses, es würde aber einen großen bürokratischen Aufwand erfordern bzw. ein nicht sehr gustiöses Herumschnüffeln in den persönlichen Fällen des Einzelnen. Es gibt heute Pensionen mit S 15.000,- und es gibt solche, die mit Ausgleichszulage über den Mindestsätzen liegen. Das ist ein Bereich, der sicherlich nicht hier und auch nicht in einer Sitzung des Wohlfahrtsausschusses ohne statistische Unterlagen besprochen werden kann.

Es ist auch in unserer Fraktion schon darüber gesprochen worden und wir werden für die zukünftige soziale Arbeit in unserem städtischen Bereich sicher darüber nachdenken müssen. Ich verspreche Ihnen, daß wir das mit Nachdruck und in voller humanitärer Gesinnung machen werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.
Ich danke Kollegen Sablik für seine Berichte. Nächster Sprecher ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Bei meinem Antrag geht es um eine Straßenbenennung im Bereich des Dachsberges.
Der Antrag lautet:

14) Ges-15/86

Zufahrt zu den Neubauten der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft "Am Dachsberg"; Straßenbenennung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA XI vom 18. September 1986 erhält die Zufahrt zu den Neubauten der Ersten Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft, im Lageplan des Stadtbauamtes gelb lasiert, die Bezeichnung "Am Dachsberg".

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gibt es Gegenstimmen? Der Antrag ist so beschlossen.
Ich danke für den Bericht. Nächster Berichterstatter ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen heute einen Antrag des Stadtsenates vorbringen, der folgenden Wortlaut hat:

15) ÖAG-6209/86

Bundesstraßenbaulos Bad I - Haratzmüllerstraße; Verlegung einer Gashochdruckleitung und Neuverlegung des Trinkwasserversorgungsstranges im Bereich Pumpwerkberg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 1. 10. 1986 werden im Zusammenhang mit der Verlegung einer Gashochdruckleitung und Neuverlegung des Trinkwasserversorgungsstranges im Bereich des Pumpwerkberges folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten: an die Fa. Negrelli, Steyr,
zum Preise von S 611.250,- exkl. USt.
2. Rohrmaterialien für Hausanschlüsse Trinkwasserversorgung: an die Fa. ÖAG Konti, Wels, zum
Preise von S 208.000,- exkl. USt.
3. Rohrverlegung: an das städtische Wasserwerk
zum Preise von S 60.000,- exkl. USt.
4. Rohrverlegung: an das städt. Gaswerk zum
Preise von S 165.000,- exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen. Ich danke Kollegen Steinmaßl für seinen Bericht. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates zum Vortrag zu bringen.

Der erste Antrag lautet:

16) Bau2-3950/63

Infangsiedlung; Übernahme der Auf-
schließungsstraßen in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme der im Eigentum der Stadt Steyr stehenden Grundparzelle 1264/3 (Bienenweg) wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 7. 10. 1986 in das öffentliche Gut als Ortschaftsweg zugestimmt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der letzte Antrag lautet:

17) Bau3-3956/81

Übernahme der Aufschließungsstraße Fellin-
gersiedlung in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme der Aufschließungsstraße Fellingner-Siedlung, Grundstück 231/1 KG Jägerberg in das öffentliche Gut als Gemeindestraße wird zugestimmt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Werden dazu Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist angenommen.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung.

Zur Aktuellen Stunde kommend darf ich die sozialistische Fraktion fragen, ob ein Beitrag gewünscht wird? Stadtrat Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Beginn der Aktuellen Stunde: 17.15 Uhr

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Am vergangenen Montag, 27. Oktober, hat der Aufsichtsrat der Steyr-Daimler-Puch AG eine Strukturveränderung beschlossen, die darin besteht, daß nunmehr anstelle einer Aktiengesellschaft eine Führungs-Holding beschlossen wurde, die mehrere Tochterbetriebe umfaßt. Das hat zur Folge, daß in Steyr zukünftig vier eigene rechtlich selbständige Gesellschaften im Rahmen einer AG und einer dazugehörigen Führungs-Holding firmieren. Die enge Verflechtung der Stadtgemeinde

mit der Steyr-Daimler-Puch AG aufgrund der hohen Beschäftigung und vor allem auch der entsprechenden Abgaben aus diesem Betrieb läßt es notwendig erscheinen, dieses Thema namens meiner Fraktion wieder zur Diskussion zu stellen. Gleichzeitig werden morgen im Zuge einer großen Abbaumaßnahme die ersten Mitarbeiter den blauen Brief bekommen und gekündigt werden. Weitere einschneidende Maßnahmen, wie hier schon mehrmals berichtet und diskutiert, stehen aus. Ich glaube, daß trotz der Information der Verantwortlichen unseres Unternehmens und vor allem auch der Eigentümer, die Stadt, aber insbesondere die Mitarbeiter des Unternehmens, aber vor allem die Wirtschaft in unserer Region, durch diese rechtlich neue Situation und durch die wirtschaftlichen Maßnahmen, die mit dieser Kündigung fortgesetzt und auch weiter fortgeführt werden, zu einer sehr starken Beeinträchtigung des Zusammenlebens in unserer Stadt geführt haben. Die Mitarbeiter sind heute in einem Ausmaß verunsichert, das bereits an Gleichgültigkeit heranreicht, über das, was auf jeden Einzelnen unter uns zukommt. Es soll durch diese nun bereits sehr schwerwiegende Verstimmung unserer Bevölkerung und vor allem der Mitarbeiter versucht werden, daß zumindest die Stadt, ihre Mandatare, sich von den Absichten der Steyr-Daimler-Puch AG informieren lassen. Wir sind, und insbesondere ich als Mitarbeiter dieses Unternehmens, sehr wohl über die Zukunft dieses Unternehmens in einem Ausmaß beunruhigt, wie es kaum jemals zuvor der Fall war.

Ich bin daher der Meinung, daß es notwendig und richtig ist, daß wir uns dieser Angelegenheit mehr als bisher annehmen, und vor allem unsere Maßnahmen, Entscheidungen und Hilfestellungen danach richten können und müssen, inwieweit wir davon Kenntnis haben, wie denn in Wirklichkeit die gegenwärtige und weitere Situation in diesem Unternehmen beabsichtigt ist durchzuführen oder wie sie sich gezwungenerweise in der nächsten Zukunft darstellt. Ich meine, meine Damen und Herren, daß dies nicht nur im Interesse der betroffenen Mitarbeiter geschehen soll und muß, sondern daß wir hier als Stadt und Mandatare und Funktionäre die Pflicht haben, uns in dieser Angelegenheit sehr wohl zu informieren, sehr wohl aber auch entsprechende Hilfestellung zu gewähren.

Ich stelle daher an Dich, Herr Bürgermeister, die Bitte, und auch an Sie, meine Damen und Herren und Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, daß wir den Vorstand unseres Unternehmens einladen, in einer Informationssitzung des Gemeinderates uns über den Zustand und über die Zukunft dieses Unternehmens von erster Hand informieren zu lassen, indem er uns hier seine Absichten erläutert und seine Interessen uns sagt. Wir glauben, daß wir damit erst in der Lage sind, zweckdienliche Schritte für die Beschäftigten des Unternehmens und für die Stadt Steyr unternehmen zu können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl recht herzlich für seinen Vorschlag. Ich darf dazu als Bürgermeister Stellung nehmen zu diesem Vorschlag, der jetzt ad hoc gekommen ist. Ich habe eingangs der Sitzung bereits darüber berichtet, daß wir seitens der Gemeinde alle Möglichkeiten bisher, die wir in diesem Zusammenhang haben, ausgeschöpft haben. Unsere Einflußnahme geht aber im wesentlichen auf flankierende Maßnahmen hinaus, die Herbeischaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten nach Steyr. Ich glaube aber, daß es gut wäre, wenn wir uns alle aus erster Hand, so wie es Kollege Pimsl angeführt hat, von Mitgliedern des Vorstandes in den nächsten Wochen informieren ließen. Ich glaube, es ist sinnvoll, weil doch eine wesentliche rechtliche neue Situation im Werk eingetreten ist, die nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Stadt Steyr haben dürfte. Das kann man so ohne weiteres gar nicht abwägen und es scheint mir sinnvoll, wenn wir hier eine Information aus erster Hand bekommen. Kollege Pimsl, ich glaube, ich darf im Namen aller sprechen, ich werde Verhandlungen in dieser Richtung aufnehmen. Ich kann natürlich jetzt

noch keinen Termin sagen, ich werde mich aber diesbezüglich bemühen, mit dem Vorstand der Steyr-Werke Kontakt aufzunehmen. Das wird sicher in den nächsten Tagen sein. Dort werde ich diesen Vorschlag unterbreiten und ich hoffe, daß eine solche Informationssitzung dazu beiträgt, daß einerseits wir entsprechend informiert werden, aber auch andererseits der Vorstand unsere Interessen erfährt über die weitere Entwicklung des Werkes.
Soweit meine Stellungnahme dazu.

Ich frage jetzt die ÖVP, ob sie dazu Stellung nehmen will? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, zweifellos ist es richtig, was Kollege Stadtrat Pimsl in seiner Stellungnahme als Sprecher der sozialistischen Fraktion hier über die Lage in den Steyr-Werken gesagt hat. Zweifellos ist es richtig, daß wir vor einer völlig neuen Szenerie stehen, unter dem Druck der zu gewärtigenden Arbeitslosenzahlen haben wir völlig außer Augen verloren, daß die Umstrukturierung des Unternehmens nicht nur auf Betriebsräteebene eine Rolle spielt, nicht nur auf die innerbetrieblichen Abläufe eine Rolle spielt, sondern sehr wohl auch die öffentliche Hand tangiert. Es wird das Einschätzen der Erträgnisse, soweit sie steuerseitlich überhaupt zu erwarten sind, und ein Teil wird ja nicht verloren gehen können, das Einschätzen selbst wird durch die Divisionierung bzw. die Aufteilung des Unternehmens in Einzelgesellschaften sehr schwierig werden. Die Informationssitzung, die jetzt durch den Herrn Bürgermeister schon in Aussicht gestellt ist, ist durchaus zu begrüßen, weil mir der Eindruck nicht erspart bleiben kann, genau so wie uns allen – so vermute ich – daß der neue Vorstand der Steyr-Daimler-Puch AG – publizitätsgeil würde ich ihn nicht nennen – in seiner Aktivität, die Öffentlichkeit zu informieren, scheint er mir ja auch ein wenig sparsam zu sein, wenn ich mir nur vor Augen führe, daß der Herr Generaldirektor es bis jetzt nicht der Mühe wert gefunden hat, den Landeshauptmann oder Landesrat Leibenfrost mit einem Termin zu versorgen, um den Entscheidungsträgern, die die Wirtschaftshebel im Land bedienen müssen, die nötigen Informationen zu geben. Ich war selbst Ohrenzeuge eines Telefonates, wie Landesrat Leibenfrost versucht hat, einen Termin beim Herrn Generaldirektor zu bekommen. So einfach war es dann auch nicht, aber man hat ihm in Aussicht gestellt, daß er wieder einmal mit Aussicht auf Erfolg anrufen darf. So ganz locker sollte auch die notleidende Steyr-Daimler-Puch AG das nicht spielen. Ich glaube, da rede ich den hier anwesenden Betriebsräten durchaus aus der Seele. Die Situation vielleicht noch umrißartig dargestellt über den weiteren Stand der Dinge, soweit er mir bekannt ist mit der Regional- bzw. der Schwerpunktförderung für Steyr. Über unser Gespräch am 30. 9., wo ich mit dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Magistratsdirektor bei Landesrat Leibenfrost sein konnte, hinaus waren wir in der Kenntnis der Tatsache, daß Beamtengespräche zu dem Thema geführt werden sollen. Diese Beamtengespräche sind bedauerlicherweise terminlich konkret nicht zustande gekommen, aber – jetzt kommt das Erfreuliche – die Initiative des Landesrat Leibenfrost – ich mache jetzt nicht Propaganda für Landesrat Leibenfrost, das hat er gar nicht notwendig, dazu braucht er mich nicht – wurde dahingehend einstimmig in der OÖ. Landesregierung zur Kenntnis genommen, daß ein Ministergespräch zum direkten Aushandeln der Förderungsmaßnahmen stattfinden soll. Minister Streicher hat ja schon ein Paket in den Raum gestellt. In diesem Streicher-Paket waren aber die Vorschläge des Landes überhaupt nicht beinhaltet. Die Instrumentarien sind ja soweit abgeklärt, die Beamten wüßten ja schon, wie man es machen kann, es fehlt nur mehr die Akkordierung zwischen den politischen Entscheidungsträgern. Es ist sehr erfreulich, daß wir erfahren konnten, daß am 4. November, also kommenden Dienstag, schon das Gespräch zwischen

Landesrat Leibenfrost und Minister Streicher stattfinden wird. Ich glaube, ich spreche wirklich im Namen jedes einzelnen Mitgliedes des Gemeinderates und auch im Namen jedes einzelnen Steyrers, daß wir alle miteinander hoffen, daß dieses Gespräch möglichst unproblematisch sein kann, auch in Zeiten wie diesen vor den Wahlen, daß man auch vor den Wahlterminen schon konkrete Maßnahmen vorbeschließen kann, auch wenn man nicht weiß, wer es dann exekutieren muß ad personam. Aber jedenfalls daß das Instrumentarium vorgeschnürt wird, das glaube ich, kann uns zu sehr großer Hoffnung Anlaß geben.

Meine persönliche Hoffnung auf den 4. November ist keine geringe. Ich glaube, daß zwei Menschen dort einander begegnen werden, die die Situation der Region Steyr und auch des Zentralraumes in Oberösterreich sehr sehr gut kennen und ich weiß vom Gespräch mit Herrn Landesrat Leibenfrost, das erst gestern stattgefunden hat, daß er sehr wohl weiß, daß die Situation in Steyr eine außerordentlich schlimme ist. Halten wir uns doch nur vor Augen die 600 Kündigungen, die jetzt über uns hereinbrechen - über uns als Stadtverwaltung brechen sie ja nicht herein, wir sind ja nur in Sorge darüber, aber über die 600 Leute bricht es herein. Denen gilt unser ganzes Mitgefühl. Aber wenn nächstes Jahr noch einmal die grausliche Zahl von zumindest 400 nachkommen soll, so werden wir als Steyrer Gemeinschaft damit fertig werden müssen, daß etwa ein Sechstel der Belegschaft der Steyr-Daimler-Puch AG nicht mehr Belegschaftsmitglieder sind. Was das für alle bedeutet, brauche ich jetzt nicht mehr zu wiederholen, darüber sind wir uns im klaren. Das geht nicht nur in die Haut der betroffenen 1.000 Mitarbeiter - das ist eine furchtbare Zahl, wenn man sich das vor Augen hält - das geht auch in die Haut der ganzen Ertragskraft der Region. Das geht bis hinein in das Budgetieren. Ich möchte nicht Budget machen müssen in der Situation, wenn ich nicht weiß, wieviel Lohnsummensteuer zu gewärtigen sein wird.

Liebe Kollegen haltet Euch bitte vor Augen, daß nicht ganz, weil es ja nicht nur die hohen Einkommen sind, es wird etwas weniger sein, ein Sechstel des Lohnsteueraufkommens der Steyr-Daimler-Puch AG werden wir im nächsten Jahr nicht miteinkalkulieren können. Wer nicht arbeitet bekommt keinen Lohn und es wird auch keine Lohnsummensteuer bezahlt. Das ist die pekuniäre Seite für die Gemeinde. Auf der anderen Seite ist die soziale Komponente in eine Dimension geraten, die nahezu nicht zu beschreiben ist. Ich hoffe, daß der Herr Bürgermeister Erfolg haben wird und uns der Vorstand der Steyr-Daimler-Puch AG in möglichst absehbarer Zeit möglichst Konkretes über seine Vorhaben in die Zukunft unterbreiten wird. Daß dann daraus die nötigen Konsequenzen für die Gemeindeführung überhaupt zu treffen sind, hast Du, Herr Stadtrat, ganz richtig gesagt, momentan agiert man staunend in den leeren Raum, weil man noch nicht genau weiß, wohin die verbleibende Kompanie nach dem ersten Scharmützel weitermarschiert.

In tiefer Sorge um die Zukunft wünsche ich allen Beteiligten der Steyr-Daimler-Puch AG viel Glück, viel Kraft und der Belegschaft in der Steyr-Daimler-Puch AG viel Einigkeit. Nicht alles, was man so in Interviews hört, klingt ganz so einig und solidarisch. Es ist wirklich sehr sehr kritisch, laßt Euch bitte nicht auseinandertrennen. Das sagt Euch einer, der die Legitimation dazu nicht hat, weil er nicht im Werk ist, der aber tiefe Sorge hat, die Dinge könnten allzu leicht in falsche Bahnen geraten. Das wollen wir alle nicht. Allen Kollegen in der Steyr-Daimler-Puch-Personalvertretung wünsche ich viel Erfolg und noch einmal viel Einigkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der GAL zu diesem Problem hat sich Kollege Ramoser gemeldet, bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich begrüße sehr stark die Initiative des Kollegen Pimsl, den Vorstand der Steyr-Werke in dieses Haus zu bringen, damit man Informationen aus erster Hand bekommt. Ich glaube aber nicht, daß der Steyr-Werke-Vorstand allein entscheiden kann. Ich habe das tiefe Mitgefühl von Kollegen Holub mitbekommen, 600 Arbeiter heuer, 400 Arbeiter nächstes Jahr. Ich wünsche Ihnen viel Glück. Wir wollen alle nicht, daß Arbeiter entlassen werden, wir bestimmen aber nur darüber, daß Arbeiter entlassen werden. Es gibt auch andere Maßnahmen, damit man Betriebe wieder gesunden kann. Wenn man hier schon ganz eindeutig von Entlassungen spricht, ganz eindeutig davon, daß es ja gar nicht mehr anders geht, dann möchte ich dazusagen, die Analysen wurden hauptsächlich von Leuten erstellt, die den Führungsschichten der einzelnen Parteien der einzelnen Betriebe angehören. Was wäre, wenn die Arbeiterschaft analysiert? Wenn sich Leute zusammenfinden, wie eben die sozialistische Bewegung entstanden ist, in Betriebsversammlungen, und hier ganz entscheidend mitsprechen. Hier werden, das glaube ich sehr wohl, von gewählten Leuten Entscheidungen getroffen. Man muß auch sehen, daß viele Arbeiter aus Angst um ihren Beruf, aus Angst um ihren Arbeitsplatz sich totschweigen. Diese Welle der Empörung kommt immer nach den Entlassungen, jeder glaubt, er ist nicht dabei. Diese Isolation, die eben auch von den Sozialisten mitverantwortet worden ist, die trifft jetzt hart zu. Jeder Arbeiter sieht sein eigenes Hemd und nur das. Ich vermute, so lange sich diese Situation nicht ändern wird, so lange man nicht versucht, die Solidaritätsbewegung, die die sozialistische Partei so groß gemacht hat, wieder hervorzurufen, so lange wird es keine Lösungen geben. Es wird Arbeitslose geben, Arbeitslose in großem Ausmaß. Es könnte durchaus möglich sein, ich habe vor kurzem gelesen in einer deutschen Zeitung, Steyr könnte Liverpool von Österreich werden. Es ist meines Erachtens nach möglich. Die Situation, die dann entsteht, die wird alle treffen. Ich glaube auch, daß ein Teil meiner Kollegen hier schon Angst davor hat, was da auf sie zukommt. Darum wäre es doch sinnvoll, Analysen anzustellen mit den Arbeitern, ihnen die Angst zu nehmen, daß sie der nächste sind, der entlassen wird. Ohne Angst kann man sprechen, ohne Angst kann man versuchen, die Probleme der Arbeiterschaft klar darzustellen. Wenn wir nicht versuchen, denen die Angst zu nehmen, so werden immer Entscheidungen über die Köpfe der Arbeiter hinweg fallen. Bis es so weit kommt, daß sich die Arbeiter nicht mehr helfen können und Entscheidungen treffen, die auch uns belasten können, die die Arbeiter selbst belasten werden. Darum wäre es sehr gut, einmal zu versuchen, auf jene Gründe einzugehen, die die jetzige Situation hervorgerufen haben.

Ich glaube, daß mit gutem Gewissen ich sagen kann, daß die Arbeiter noch immer in der Lage waren, ihre eigenen Betriebe, wenn es ganz schlecht kommt, selbst zu führen. Es gibt sogar Leute, die heute schon sagen, wir müssen Umschulungen machen, damit wir mitsprechen können, damit der Arbeiter mitsprechen kann bei Entscheidungen, die er heute über sich ergehen lassen muß. Es ist schon besonders arg, daß der Arbeiter in den Steyr-Werken entmachtet wurde bis zum Letzten. Er hat nur die Chance, zu einem seiner Vertreter zu gehen, um dort eventuell einen kleinen Beitrag für sich herauszuholen. Aber diese Isolation, dieses getrennte Vorgehen, wird die Situation in den Steyr-Werken momentan nicht bereinigen.

Ich wäre noch gerne eingegangen auf einige Gründe, warum so viele Leute zu den eigenen Parteikollegen anscheinend nichts sagen, aber außen über ihre Probleme sprechen, nach außen hin zu Leuten, die ihr Vertrauen besitzen oder eben einmal Freunde waren. Viele sagen, daß das Management der Steyr-Werke schwere Fehler gemacht hat. Vor einem Monat war ich auf einer Reise durch Europa und ich muß hier ganz deutlich sagen, in Frankreich in der EG gibt es fast keine Steyr-Nutzfahrzeuge. In Spanien gibt es fast keine Steyr-Fahrzeuge. Das ist ein Markt, der Potenz hat, der Kraft hat, und hier haben die Steyr-Werke, die Manager der Steyr-Werke, versagt. Sie haben sich auf die Länder der Dritten Welt spezialisiert. Das war eine Überlegung vor Jahren, doch der Markt in

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die fünf Minuten sind abgelaufen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte nur sagen, sie haben vor Jahren auf die Länder der Dritten Welt gesetzt. Vor Jahren war das richtig, doch heute ist es durch Umstände, die Österreich nicht beeinflussen kann, ein schwieriger Markt geworden, ein Zusammenbruch des Marktes. Diese Länder fallen heute aus, diese Länder können nichts mehr kaufen, weil die Rohstoffe so zurückgegangen sind, daß sie kein Geld mehr besitzen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der KPÖ bitte ich nun Herrn Gemeinderat Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Kollege Pimsl hat heute wieder das aktuellste Problem angeschnitten und hat wieder einen sehr unqualifizierten Zwischenruf gemacht. Normal ist ja dieses Thema, das so entscheidend verbunden ist mit unserer Stadt, und viel menschliche Tragödie beinhaltet, so wichtig, daß es auf die Tagesordnung gesetzt hätte gehört. Bürgermeister Schwarz hat die Sitzung ja heute eingeleitet damit, daß er uns in Erinnerung gerufen hat die schwierige Situation in den Steyr-Werken und hat dies unterstrichen mit der hohen Arbeitslosigkeit in unserer Stadt und der gesamten Umlandregion. Insbesondere die jungen Menschen, die zwischen 15 und 25 Jahren, sind davon betroffen. Es sind ja in diesem Raum ca. 700, die keinen Arbeitsplatz haben. Diese drückende Situation wird, wie Kollege Pimsl gesagt hat, durch die neuerlichen Kündigungen im Steyrer Hauptwerk drastisch verschärft und es sollen nicht nur morgen die Kündigungen ausgesprochen werden, sondern man will durchziehen, daß man bis Jahresende - darüber hast Du Dich ja nicht klar ausgedrückt - ungefähr insgesamt 600 Arbeitern und Angestellten den blauen Brief zustellen will. Wie bekannt ist, stellt dies nur eine weitere Etappe in einem größeren Kündigungs- und Schrumpfungsplan der Steyr-Werke, vor allem des Konzerns, dar. Wenn heute von öffentlichen Mandataren immer wieder die Tatsache hervorgehoben wird, daß es beispielsweise gut ist, daß man BMW hat, daß man Millionen dorthin gefördert hat, daß bei BMW 1.500 Leute beschäftigt sind, so sollten, glaube ich, diese Mandatare nicht vergessen, daß in den Steyr-Werken seit 1980, also in den letzten 6 Jahren, die doppelte Anzahl von Arbeitsplätzen abgebaut wurde, nämlich 3.000. In allen diesen öffentlichen Aussagen zeigt sich, daß man sich mit den bereits ausgesprochenen und mit den geplanten Kündigungen weitgehend abgefunden hat. Es wird nicht viel helfen, jetzt im Nachzugverfahren eine Information zu erhalten von einem führenden Manager. Das wird kaum eine Hilfe sein für Kollegen Pimsl als Betriebsratsobmann, und es wird kaum eine Hilfe sein für Kollegen Tatzreiter. Es stünde vor allen den Mandataren, die im Nationalrat vertreten sind, besser zu Gesicht, würden sie sich offen gegen diese Schrumpfungspläne der Hauptaktionäre der CA, mit Androsch als Generaldirektor an der Spitze, entgegenstellen. Obwohl die Steyr-Werke immer als der entscheidende Betrieb bezeichnet wird, scheint das in der politischen Praxis auch in diesen Parteien anders auszusehen. Die Pläne der Manager, der Hauptaktionäre und der Regierung waren seit langem vorauszusehen, darüber haben wir in diesem Raum schon öfter gesprochen. Als Vertreter der KPÖ habe ich immer wieder die Ursachen und Hintergründe dieser Vorgangsweise aufgedeckt und auch verlangt, daß rechtzeitig Vorsorge getroffen wird. Wir haben auch immer wieder betont, daß es notwendig ist, das Sonderförderungsprogramm auch für 1986 zu realisieren.

Nun spielen sich vor den Wahlen manche Politiker auf, weil sie angeblich die Zusage von Landeshauptman Ratzenböck und Landesrat Leibenfrost für ein neues, sogenanntes Sonderförderungsprogramm in der Tasche hätten. Es drängt sich allerdings dabei

die Frage auf, warum dieses Programm nicht längst gewährt worden ist, wenn der Wille und das Geld dafür vorhanden sind. Die bereits gekündigten Kolleginnen und Kollegen sind in jeder Hinsicht schwer betroffen, und auf den Arbeitern und Angestellten im Werk lastet, wie Sie wissen, ein schwerer Druck. Umso trauriger ist es, wenn Politiker, wie der Spitzenkandidat der sozialistischen Partei hier in unserem Raum, und er wird wahrscheinlich wieder gewählt aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat und Zentralbetriebsratsobmann Leithenmayr eine Betriebsrätekonferenz ungefähr vor 8 Tagen in Marchtrenk benützt hat, um einen Keil zwischen die Arbeiter und Angestellten zu treiben. Die SP sollte wissen, daß das alte Unternehmerprinzip – teile und herrsche – ihr selbst zuletzt zum Verhängnis werden kann. Wenn man der wirtschaftlichen und menschlichen Tragödie der beispiellosen Arbeitsplatzvernichtungspolitik bei Steyr-Daimler-Puch gerecht werden will, dann muß man tatsächlich Solidarität üben und den Kampf gegen die Schrumpfungs- und Zerschlagungspläne aufnehmen und auch hier als Mandatar, als öffentlicher Mandatar der Stadt Steyr in dieser Richtung wirken. Daran, meine Damen und Herren, führt kein Weg vorbei.

Ich möchte abschließend noch sagen, es wäre Aufgabe des gesamten Gemeinderates, gemeinsam mit den Betroffenen, den Arbeitern und Angestellten und auch jenen Funktionären der Gewerkschaft und des Betriebsrates, die gewillt sind, entschieden gegen die Kündigungen und die Konzernzertrümmerung der Steyr-Daimler-Puch AG zu kämpfen. Das Sanierungskonzept mit den Massenkündigungen der Herren Voisard und Androsch trifft einen entscheidenden Lebensnerv unserer Stadt, trifft aber auch gleichzeitig und greift besonders stark in das Lebensschicksal vieler Steyrerinnen und Steyrer und auch der weiteren Umgebung. Der Verlust von hunderten Arbeitsplätzen in den Steyr-Werken bedeutet nicht nur vermehrte Arbeitslosigkeit in unserer Region, sondern zugleich auch eine Verringerung der Steuereinnahmen für die Stadt, eine Verringerung vor allem auch der Kaufkraft, die den Handel und die Klein- und Mittelbetriebe in der Stadt Steyr und, wie ich schon gesagt habe, im weiten Umkreis schwer trifft und dort auch, meiner Meinung nach, Arbeitsplätze gefährdet. Daher gilt es in erster Linie, daß wir gemeinsam mit den Betroffenen einen Kampf gegen diese Massenkündigungen, die durchgezogen werden, führen. Ich glaube, ich habe kein Geheimnis in den letzten Gemeinderatsitzungen ausgesprochen, daß man versucht, nicht nur das Unternehmerkonzept 90, das von der Belegschaftsvertretung abgelehnt wurde, durchzuziehen, sondern noch viel drastischere Maßnahmen durchzuziehen, wie Kollege Pimsl erwähnte, nämlich die Zertrümmerung des einheitlichen Gebildes unseres Werkes. Nachdem Leithenmayr schon erklärte, die Unternehmer gewähren zumindest, daß wir einen einheitlichen Betriebsrat haben, aber ohne Rechte. Wo steht denn das, wo ist das verbrieft? Oder daß die sozialen Rechte erhalten bleiben. Ja unmittelbar bleiben sie erhalten, aber bei der Zergliederung sieht das anders aus und wirkt gleichzeitig, daß vor allem viele Menschen der Armut preisgegeben werden zu dem Preis, daß man wieder Gewinne macht. Daß der Mensch gegenüber dem Kapital zurückgestellt wird. Dagegen, glaube ich, müssen wir ankämpfen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremel. Für die FPÖ bitte Herr Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist wirklich sehr bedauerlich, daß auch heute wieder Kollege Pimsl auf die verschärfte Situation in den Steyr-Werken hinweisen mußte, die aufgrund der geplanten Umstrukturierung entsteht. Am bedauernswertesten sind, das ist heute auch schon einige Male angeklungen, jene, die es heuer noch treffen wird, nämlich jene, die die Kündigung bekommen. Es sind selbstverständlich auch jene zu bedauern, die im nächsten Jahr eine Kündigung zu erwarten haben. Nicht genug damit, daß hiermit persönliche Schicksale verbunden

sind durch die Aussprache solcher Kündigungen, leidet auch die Gesamtwirtschaft sehr darunter. Ich habe das bereits das letzte Mal zum Ausdruck gebracht, daß solche Maßnahmen in den Steyr-Werken in wirtschaftlicher Hinsicht im Großraum Steyr eine Kettenreaktion auslösen. Es führt zu Einbußen der Kaufkraft, es führt dazu, daß auch andere kleinere Gewerbebetriebe darunter leiden, und zwar durch geringere Aufträge und durch die Zurückhaltung, –weil niemand weiß, ob es nicht ihn selbst trifft, –seines Geldes, das normal in die Wirtschaft fließen müßte. Das betrifft alle Bereiche. Das hat auch ein Berufener als ich, nämlich Kollege Schloßgangl in seiner Eigenschaft als Kammerfunktionär bereits erwähnt in seiner Berichterstattung in der Steyrer Zeitung.

Nur, meine Damen und Herren, eines muß uns doch allen klar sein, daß halt die direkte Einflußnahme des Gemeinderates auf die Entscheidungen der Steyr-Werke sehr gering ist. Ich begrüße, daß eine Informationssitzung stattfinden soll, aber ich glaube, daß die Stadtverwaltung und damit die Gemeindemandatäre, sich auf die indirekten Maßnahmen stützen müßten. Ich denke da verschärft an die Möglichkeit der Fortführung des Sonderförderungspaketes auch unter geänderten Voraussetzungen, wie sich Kollege Holub heute ausgedrückt hat, daß wir darauf drängen sollten, um zu helfen, daß hier das Problem des Abrutschens in den wirtschaftlichen Notstand vermieden wird.

Meine Damen und Herren, ich stehe aber nicht an, im Gegensatz zur Meinung des Kollegen Tremml, zu erklären, daß ich froh bin, daß die Stadtgemeinde Steyr mit Unterstützung dieses Gremiums hier den BMW-Werken eine entsprechende Förderung gegeben hat, um Arbeitsplätze neu zu schaffen. Ich bekenne mich dazu und bin froh, daß auch ich dazu die Zustimmung gegeben habe. Ich glaube nochmals, das sage ich abschließend, daß man eines an die Spitze stellen sollte, daß die Stadtgemeinde Steyr nicht nur das Sonderförderungspaket ins Auge faßt und darauf drängt, sondern auch Maßnahmen trifft, um neue Betriebe nach Steyr zu bekommen, vor allen Dingen aber eines zu verhindern, daß bestehende Betriebe aus Steyr abwandern. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema ist überaus ernst und ich bin sicher, daß wir uns in diesem Gremium noch mehrmals mit diesem Problem eingehend auseinandersetzen haben. Ich glaube, daß die vorgeschlagene Informationssitzung des Gemeinderates aus sogenannter erster Hand doch sinnvoll erscheint. Ich darf noch einmal versichern, daß ich alles tun werde, um diese Informationssitzung zustande zu bringen. Daß ich aber darüber hinaus als Bürgermeister im Einvernehmen mit allen Fraktionen, das ist heute zum Ausdruck gekommen, alle Maßnahmen ergreife, die unsererseits denkbar sind, um Erleichterungen, so weit es möglich ist, zu erreichen. Wir kommen zur nächsten Runde. Ich darf fragen, ob die ÖVP heute ein Thema vorbereitet hat?

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wir hätten an sich das gleiche Thema vorgenommen, glauben daß man aber im derzeitigen Stand der Entwicklung außer Prestigeaussagen nichts zuwege bringen kann und ziehen unsere Wortmeldung zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. GAL? Bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte auf ein für uns sehr wichtiges Thema eingehen. Ich wollte zuerst auch über die Arbeitslosigkeit in Steyr sprechen, denn das ist vordringlich, doch es ist auch vordringlich, was mit unserem Wald passiert. Alle reden vom Waldsterben,

doch keiner will dafür bezahlen. Schon vor Jahren wußte man um die Schadstoffe aller Art Bescheid. Es wurden riesige Schornsteine errichtet, um den Ausstoß gerecht zu verteilen. Diese weiträumige Verdünnung und Verteilung begann aber mit der vermehrten Ausstoßtätigkeit von Industrie, Gewerbe und der Hausbrände problematisch zu werden. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß zahllose luftfremde Verbindungen in die Atmosphäre abgeleitet werden und daß damit unsere Atemluft zur Sondermülldeponie verkommt. Bei der Erforschung der pflanzengiftigen Luftstoffe machten wir einen verständlichen aber gefährlichen Fehler. In oft komplizierten Begasungsversuchen wurden jene Schadstoffkonzentrationen ermittelt, bei denen erste Schädigungen nachweisbar waren. Diese Grenzwerte wurden Grundlage von Rechtsvorschriften, nach denen umweltentlastende Auflagen zu erteilen sind. Viel zu lange aber hat man übersehen, daß unsere Atmosphäre nicht von einem Schadstoff allein, sondern von einer Vielzahl zugleich belastet ist. Erst später gelang die Beweisführung, daß es auch in diesem Bereich so etwas wie ein Bandenverbrechen gibt. Daß also das Zusammenwirken mehrerer Schadstoffe ungleich gefährlicher ist und daß in einem solchen Fall schon geringe Einzelkonzentrationen unerwartet schwere Folgen haben können. Geringe SO₂ und NO₂-Konzentrationen werden heute auch in vielen sogenannten Reinluftgebieten erreicht und häufig sogar überschritten. Durch diese Kombinationswirkung aus verschiedenen Schadstoffen erleiden allein die Waldbestände in weiten Teilen Europas eine permanente Grundschädigung. Es bedarf nur geringer zusätzlicher Entwicklungen, um den Baum ernsthaft erkranken zu lassen. Von allen Vegetationsformen ist der Wald am stärksten betroffen. Das hängt einmal mit seiner Langlebigkeit zusammen. Eine gesunde Fichte besitzt Nadeln, die oft mehr als 7 Jahre am Baum funktionieren. Keine andere Vegetationsform akkumuliert Schadstoffe so intensiv wie der Wald. Das gewaltige starke Kronendach eines Waldes wirkt wie ein Filter, der Gifte aus der Luft herausholt. Ein ha Wald kann bis zu 68 Tonnen Staub auskeimen und rein rechnerisch im Verlauf seines Lebens 75 kg Blei aus der Luft gewinnen. Diese Eigenschaft macht einen Wald als Umweltfaktor so bedeutsam, sie wird aber für ihn tödlich, wenn die Schadstofffracht weiter so hoch bleibt. Unsere einzige Möglichkeit, diesen Wald zu retten, gibt Prof. ..

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Reden wir über Steyr auch wieder einmal!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Schirchberger an - Tempolimit! Der motorisierte Straßenverkehr ist einer der Hauptverursacher der Umweltbelastung. Von der gesamten Abgasmenge entfallen auf den Straßenverkehr von der CO₂ und CO 65 %, Kohlenwasserstoff 86 % und Stockstoff 71 %. Es wäre daher dringend erforderlich, ein Tempolimit auf Straßen im Ortsgebiet, auf der Landstraße und auch auf Autobahnen einzuführen. Eine Reduzierung des Tempos auf 80 und 100, auf Landstraßen 80, auf Autobahnen 100, würde eine 30 bis 40%ige Herabsetzung dieser Schadstoffemissionen hervorbringen. Es gibt eine Menge von Möglichkeiten, die Tempoüberprüfung durchzuführen. Nur leider gibt es sehr viele Leute, die das Auto als Symbol unserer Gesellschaft ansehen und es auch so benutzen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
75 % der arbeitenden Bevölkerung lebt in Europa davon.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Es gibt Maßnahmen, ohne daß man das Auto verbietet, und es würden genau so viele Autos produziert, wenn man auf der Straße 80 oder 100 fährt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Die 5 Minuten sind um!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Ich würde daher noch einige unserer Punkte für eine Erhaltung des Waldes gerne bekanntgeben. Und zwar Verlegung des Schwerverkehrs auf die Schiene. Eine Werbung für den Wald

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Sollen wir das als Steyrer Gemeinderat machen?

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Man kann auch in Steyr seinen Beitrag dazu leisten. Sie leben ja auch auf dieser Welt und nicht irgendwo.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der SPÖ hat sich zu diesem Thema der zuständige Referent gemeldet.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Selbstverständlich ist das Waldsterben in Europa und auch in Österreich eine besorgnisserregende Sache. Daß wir dem Entgegenwirken müssen durch gezielte Maßnahmen, ist jedem von uns, der sich hier in diesem Raum aufhält, mehr als deutlich bewußt. Der Beitrag der GAL gibt mir Gelegenheit, Stellung zu nehmen, weil ich gerade heute in einer Presseinformation sehr beachtliche Fortschritte bezüglich der Luftreinigung in unserer Stadt berichten konnte. Das Umweltschutzreferat hat die Maßnahmen, die es in den Industriebetrieben der Stadt zum Teil durch Verordnung, zum Teil durch Mitarbeit und freiwillige Mitarbeit der Industriebetriebe erzielt hat, heute mit Stolz vorzeigen können. Ich sage das bewußt, mit Stolz vorzeigen können. Es ist gelungen, daß durch die ständigen Luftmessungen bei BMW erstens die Ursachen für die Luftverunreinigung in diesem Bereich festgestellt werden konnten durch mehrmalige Messungen der OÖ. Landesregierung, und es konnten heute Vertreter von BMW uns mitteilen, daß durch gezielte Maßnahmen ihrerseits alle Normen, die wir in Österreich haben, und die wesentlich strenger sind als in den westeuropäischen Ländern, erreicht und überwiegend mit beachtlichen Prozentsätzen unterschritten wurden. Das gleiche gilt für die Steyr-Daimler-Puch AG, die Mitte November mit ihrer neuen Kupolofenanlage eine wesentliche Verbesserung erzielt hat und zukünftig weitaus weniger Abgase aus dem Bereich des Gußwerkes abgegeben werden und die betroffenen Wohngebiete, vor allem der Waldrandsiedlung, zukünftig tatsächlich reinere Luft haben werden. Damit gelingt aber auch durch andere Maßnahmen, daß ein weiterer Verursacher der Luftverunreinigung in Steyr, das Gußwerk II, trotz Einbaues einer Filteranlage, dieses mit Jahresende 1987 stillgelegt wird, und damit ein weiterer Herd zum Stillstand kommt. Der dritte Luftverunreiniger in unserer Stadt, die WAG mit ihrem Fernheizwerk in Münichholz, womit sie ihre ferngeheizten Wohnungen mit Wärme versorgt, wurde bisher mit Heizöl schwer betrieben. Mit September wurde es durch die Initiative der Stadt und unserer Betriebe mit mehr als 4 Mill. S auf Erdgasbetrieb umgestellt. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit der Abnahme und Beheizung dieses Heizhauses geschaffen. Es wird in Zukunft weder ein Blockheizwerk mit Heizöl in der Sebekstraße in Betrieb genommen werden, und auch die Anlage im Wohnhaus am Plenkelberg wird damit stillgelegt. Wie man ja weiß, ist Erdgas wesentlich umweltfreundlicher. Der vierte positive Beitrag stammt vom Landeskrankenhaus Steyr, wo wir bewußt auf den Übelstand aufmerksam gemacht haben, daß hier durch den zuständigen Referenten der OÖ. Landesregierung - das sei anerkennend gesagt - reagiert wurde und veranlaßt wurde, daß zukünftig eine Mülltrennung erfolgt, damit wegen der technischen Unzulänglichkeit alle dort gelagerten Abfälle zu verbrennen, und zwar einwandfrei zu verbrennen, dem zukünftig nicht mehr Folge geleistet wird. Dieser Sondermüll muß gelagert werden, nur jener Abfall wird verbrannt, der keine Verunreinigung der Luft nach sich zieht.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir damit unter Beweis stellen, daß es sehr wohl durch die Zusammenarbeit der Wirtschaft, der Industrie gelingt, entsprechende Erfolge zu erzielen. Wir dürfen nur nicht dabei halt machen und uns zufrieden geben.

Zum Verkehr auf den Straßen durch Lkw und Pkw bitte ich zu beachten, daß die Österr. Bundesregierung durch die Einführung des Katalysators einen ganz wesentlichen Beitrag leistet, und zwar in dem Fall der Gesetzgeber, so daß künftighin die Abgase der Autos sehr in Grenzen gehalten werden können. Daß dies aber mit beträchtlichen Mehrkosten für den Autobesitzer verbunden ist, ist bekannt und deswegen wird auch sehr zögernd von dieser Maßnahme Gebrauch gemacht. Ich bin aber überzeugt, daß die Maßnahmen und noch einige andere mehr dazu beitragen werden, um das heute aufgezeigte, uns alle berührende Waldsterben mit Sicherheit abzustellen und eine gegenteilige Entwicklung wieder einzuleiten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Beitrag. Namens der ÖVP hat sich Kollege Holub gemeldet.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Damit nicht in uns bekannten Flugschriften dann steht, die ÖVP hat zum Umweltthema nichts gesagt, sie hat dazu nichts zu sagen, melde ich mich als Debattenredner meiner Fraktion zum Beitrag des Kollegen Ramoser. Ich habe bedauert, daß an sich nur allgemein bekannte Schlagworte verbreitet worden sind und die Aktuelle Stunde keinen aktuellen Anlaß konkret in Steyr gefunden hat. Selbstverständlich wäre es gut, über konkret Auftretendes zu diskutieren. So wie Kollege Pimsl den Anlaßfall des Krankenhauses als erledigt beispielhaft erwähnt hat, so würde ich die Aktuelle Stunde ganz gerne verstehen, weil wir hier nicht nur Theaterdonner aufführen sollten, der mehr oder weniger gekonnt ist – ich danke übrigens für den Hinweis, ich weiß, wo ich lebe – und nicht nur für die Galerie, wenn wir eine hätten, gesprochen werden sollte. Wir sind hier als Arbeitsgremium beisammen und wir sollten die Aktuelle Stunde, das möchte ich sehr betonen, nicht fortwährend für Allgemeinplätze mißbrauchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der KPÖ zu diesem Thema?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich verzichte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

FPÖ? bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium!

Obwohl Herr Ramoser offenbar über Vorsorgemaßnahmen für die Stadt Steyr gesprochen hat, obwohl er das Wort Steyr nie erwähnt hat, und obwohl im Statut ja verankert ist, daß auch die Aktuelle Stunde dazu benützt werden soll, um Probleme aufzuzeigen, die die Stadtverwaltung betreffen, möchte ich ein paar Worte sagen. Selbstverständlich interessieren uns als freiheitliche Fraktion die Probleme des Umweltschutzes besonders und das haben wir auch immer wieder zum Ausdruck gebracht ...

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Sie sollen auf den Wald eingehen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich soll also auf den Wald eingehen, danke für den Hinweis. Ich habe mich nach dem Statut gehalten und von der Stadt Steyr gesprochen, was sie nicht gemacht haben, aber es ist nicht meine Aufgabe, Sie darauf hinzuweisen. Uns liegen sicher auch die Probleme des Umweltschutzes am Herzen. Kollege Pimsl hat darauf hingewiesen, daß gerade im Bereich des Kfz-Baues im Bezug auf die Maßnahmen der Bundesregierung nicht nur einiges geschehen ist, sondern auch in Zukunft geschehen wird. Daß vor allen Dingen die Benutzer der Autos dazu einen Beitrag leisten müssen in Form der höheren Kosten. Es ist sicherlich so, daß man nicht nur davon sprechen kann, sondern auch seinen Beitrag dazu leisten muß.

Ich kann abschließend nur bitten, den zuständigen Referenten bitten, daß er die Maßnahmen, die er angekündigt hat, weiter fortführt, damit wir auch in Zukunft in Steyr eine gesunde Luft haben und leben können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag.
Wünscht die KPÖ einen Beitrag? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Der Umweltschutz ist in aller Munde und manche haben es meiner Meinung nach gut verstanden, aus diesem Problemkreis politisches Kapital zu schlagen. Dabei wird viel Allgemeines ausgesagt, ohne daß die konkreten Probleme zur Sprache kommen. Ein klassisches Beispiel dafür ist ja auch unsere Stadt. Es ist ja nicht so, daß alles in Ordnung ist. Auf den ersten Blick scheint alles in Ordnung zu sein, aber sieht man genau hin, dann gibt es doch viele Beanstandungen, natürlich nicht so wie im Zentralgebiet Linz, daß unsere Luft schon so schlecht ist wie dort. Aber auch in Steyr wird die Umwelt belastet und damit auch die Gesundheit der Menschen. Und zwar treten bis heute noch immer die Abgase des Gußwerkes der Steyrwerke ungefiltert aus, auch wenn Kollege Pimsl erklärt hat, ab November wird der neue Kupolofen im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen in Betrieb gehen ..

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Nicht im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen, das stimmt nicht.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Jedenfalls war jahrelang die Bevölkerung der Waldbrandsiedlung diesen giftigen Gasen, Ruß und Gestank ausgesetzt und ist es bis heute noch. Wir werden sehen, wenn der neue Ofen in Betrieb ist, wie es dann aussieht. Aber so ist der Fakt. Die Steyrwerke haben sicher nicht in erster Linie diese technische Neuerung dort eingeführt, weil wir es wollten, sondern sie haben es lange Zeit verhindert, daß dort die notwendigen Filteranlagen eingebaut wurden. Ein weiteres Indiz ist auch - da sollte man auch weggehen von den allgemeinen Reden, die hier gehalten wurden - daß die Bevölkerung nach wie vor Belästigungen durch das BMW-Motorenwerk ausgesetzt ist. Es ist mir neu, und vor allem auch der betroffenen Bevölkerung, wie Umwelts Stadtrat Pimsl jetzt berichtete, daß seitens BMW alles unternommen wurde, daß die Belästigung hintangehalten wurde. Ich habe vor einem Jahr beim Bürgermeister beauftragt, prüfen zu lassen, Messungen durchführen zu lassen und das sofort abzustellen. Man hat sehr lange gewartet und ich bin felsenfest überzeugt, daß es ohne weitere Kontrolle nicht gehen wird. Das zeigen alle diese Probleme, die zwar Kollege Pimsl aufzeigte, aber in Wirklichkeit ist es so, daß immer wieder bei Luftmessungen andere Werte festgestellt werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich nur eine kurze Richtigstellung machen.

Die Beauftragung des Bürgermeisters stimmt nicht, Du hast mich gebeten, das zu machen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ja, aber unternommen wurde in dieser Richtung von BMW nichts, es wurde gesagt, es ist alles in Ordnung, es gibt keine Umweltbelästigung. So schaut es doch aus. Darum ist es erfreulich, wenn heute berichtet werden kann, die Umweltbelästigung der Bevölkerung von Münichholz ist damit beseitigt worden.

Meine Damen und Herren, es ist immer wieder nur dann, wenn aus der Öffentlichkeit die Meinungen kommen, dann werden Schritte gesetzt. Z. B. haben Mieter in Münichholz, im Abschnitt III, Beschwerde geführt, daß ein Gewerbebetrieb im Gebiet Haager Straße die Ummantelung von Altkabeln abbrennt, wodurch giftige Abgase an die Umgebung abgegeben werden. Und diese giftigen Abgase sind natürlich auch mit einer entsprechenden Geruchsbelästigung verbunden, die bei un-

günstiger Witterung sogar nicht nur das Mönichholz betrifft, sondern auch die Waldbrandsiedlung. Hier wird also ebenso ungestört die Umwelt belastet, wie die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet wird. Trotzdem sind keine konkreten Maßnahmen gesetzt worden. Es ist auch amtsbekannt hier. Weiters die Frage der Verbrennungsanlage des Landeskrankenhauses Steyr, das wurde doch schon verlangt vor 1 1/2 Jahren. Ich weiß, daß es dort eine verhältnismäßig moderne Verbrennungsanlage gibt, die aber über 1 1/2 Jahre giftige Abgase freigesetzt hat. Sie verheimlichen bewußt offenbar, daß z. B. durch diese Verbrennungsanlage über Jahre hindurch Salzsäure weit über den zulässigen Grenzwert hinausgeblasen wurde. Die Ö-Norm beträgt 100 mg/m³ Luft, und hat das Zehnfache überschritten. Durch diese Säurekonzentrationen kommt es, wie Sie wissen, zu Reizungen und in der Folge zu Entzündungen der Schleimhäute und Atemorgane. Dafür, daß dieser unhaltbare Zustand seit langem aufrecht war, drängt sich auf, daß hier der Verantwortliche in dieser Landesanstalt zur Verantwortung gezogen wird. So geht es doch nicht, daß dort auf Initiative der Bevölkerung und nicht nur Politiker, sondern hier auch Personen auftreten, und durchsetzen, daß endlich einmal Messungen dort durchgeführt werden. Und, obwohl das bekannt war, wurde von der Stadt nichts unternommen. Es ist eine Verpflichtung, daß wir nicht nur warten, bis die Bevölkerung oder Politiker hier auftreten und Umweltschäden aufzeigen, sondern wir müssen hier Vorsorge treffen von Amts wegen, daß bestimmte Betriebe – ich könnte noch eine Reihe Betriebe aufzeigen, die sind auch amtsbekannt, aber man unternimmt aus bestimmten Gründen nichts. Es wird dort z. B. alles mögliche verfeuert und damit wird die Umwelt durch Giftgase verseucht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Zur Geschäftsordnung Kollege Zagler.

GEMEINDERAT DIR. DKFM. HELMUT ZAGLER:
Ich möchte den Antrag stellen, daß die Bestimmungen bezüglich der Aktuellen Stunde besser eingehalten werden. Ich glaube, es ist nicht einzusehen, daß man die Sitzungen dadurch verlängert, daß ein- und dasselbe Thema wieder von Neuem aufgegriffen wird und man jetzt wieder jeder Fraktion die Möglichkeit gibt, darauf neuerlich einzugehen, obwohl wir z. B. dieses Thema durch Gemeinderat Ramoser bereits abgehandelt haben. Die kommunistische Partei hat dabei ja auf einen Beitrag verzichtet.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Es liegt natürlich beim Sprecher einer Partei, welches Thema er sich auswählt. Kollege Tremml hat das Thema Luftverschmutzung ausgesucht.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Das Thema der GAL waren die Bäume, mein Thema betrifft die Luftverunreinigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Pimsl bitte!

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Herren Bürgermeister!
Der Beitrag von Kollegen Tremml gibt mir Gelegenheit, noch einmal dieses Thema zu streifen, weil Wald und Luft ja zusammengehören und weil die Ursachen und Auswirkungen damit untrennbar verbunden sind.

Ich muß Dir lieber Otto, eines entgegenhalten, das finde ich wesentlich und sehr wichtig. Es wird von den Organen der Stadt, wenn uns Übelstände bekannt werden, sofort reagiert. Es ist einfach unrichtig, um es nicht anders auszudrücken, daß, wenn Beschwerden an uns herangetragen werden, diesen nicht nachgegangen wird und daß dagegen unsererseits nichts unternommen wird. Da muß ich die Beamtenschaft, für die ich in der entsprechenden Abteilung ressortzuständig bin, verteidigen, daß solche Verdächtigungen ausgesprochen werden.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

1 1/2 Jahre ist nichts unternommen worden bei der Verbrennungsanlage im Landeskrankenhaus.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Das ist unrichtig, ich würde Dich bitten, in die Akten einzusehen, weil hier tatsächlich seit langem - Kollege Sturmberger ist dafür Zeuge - mehrmals von uns auf diese Problematik hingewiesen wurde. Es liegt aber nicht im Ermessen der Stadtgemeinde und vor allem auch nicht der zuständigen Abteilung, weil die notwendigen Geräte dafür nicht vorhanden sind, eigenständig Messungen vorzunehmen. Das dürfte Dir ja bekannt sein. Wir haben an die OÖ. Landesregierung, so wie beim BMW-Werk, mehrmals nicht nur mit Erfolg, sondern auch begründet und tatsächlich erreicht, daß dort Messungen vorgenommen werden, die manche dieser Erscheinungen und gefühlsmäßigen Behauptungen entweder unterstrichen oder als unrichtig widerlegt haben. Wenn man aber, meine Damen und Herren, bezweifelt, daß hier korrekt vorgegangen wird, sowohl bei den Messungen oder beim Verhalten des Amtes gegenüber bestimmten negativen Erscheinungen, dann fehlt mir dafür einfach die Möglichkeit, seriös und korrekt dazu zu berichten.

Ich kann im Zusammenhang mit der Verbrennung von Kabeln bei der Nachfolgefirma Gebeshuber nur sagen, dem wurde schon vor Jahren nachgegangen und es wurde ein neuer Ofen gekauft und es wurden auch neue Auflagen erteilt. Du, mit Deinem Schmach, Herr Ramoser, daß Du zu einem Altölbetreiber gehst und ihm 1.000 Liter Altöl abkaufen willst, obwohl Du weißt, daß Du diese nicht bekommst, und dann etwas anderes behauptest, kannst bei uns nicht landen. Hier wird ehrliche und saubere Arbeit gemacht. Ich möchte eines sagen ..

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ist das Umweltverschmutzung oder nicht?

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Es ist eine. Lieber Freund Otto, wir haben heute in Steyr ein Problem, das ist unsere Luft. Wir haben versucht, in vier Betrieben und Bereichen, die mit Verursacher sind einer schlechten, zugegebenerweise nur oft lokal bedingten schlechten Luft, Abhilfe zu schaffen und das abzustellen. Wenn einerseits behauptet wird, BMW hätte nichts getan, dann muß ich jetzt in aller Deutlichkeit sagen, heute Vormittag war Gelegenheit, durch die Presse, in Anwesenheit verantwortlicher Herren von BMW, die von uns vorgelegten Maßnahmen anzuzweifeln. Das ist auch durch Deinen Parteifreund nicht geschehen, weil er, glaube ich, seriöserweise erst wenn er etwas Gegenteiliges beweisen kann, das anzweifelt. So kann man nicht hergehen, daß man alle Maßnahmen nur anzweifelt, negiert und als unrichtig hinstellt. Otto, es ist in der Regel nicht Dein Stil, hier so zu argumentieren. Ich schätze Dich als Kollegen, der nicht mit

solchen Methoden hier versucht, eine Schärfe hineinzubringen. Ich kann Dir versichern – es war auch da Gelegenheit in einem Pressegespräch mit den Vertretern der Steyr-Daimler-Puch AG – daß die Maßnahmen, die dort getroffen werden bezüglich der Abgase vom Gußwerk nicht ein Rationalisierungsprozeß sind, sondern eine echte Maßnahme zur Verbesserung der Luft. Diese Möglichkeit bietet sich. Soweit hast Du recht, daß durch die Installierung einer modernen Kupolofenanlage – ein Kupolofen ist ja nicht für die Abgase gebaut worden, sondern um qualitativ besser schmelzen zu können. Es ist damit aber ein wesentlich höherer Aufwand verbunden, als ansonsten die Anlage notwendig wäre.

Ich möchte noch einmal betonen, wir haben die Schwierigkeiten beim Landeskrankenhaus aufgezeigt, aber in Ermangelung eines Nachweises der tatsächlichen Verunreinigung hat es lange gedauert. Wenn Du meinst, daß dies vielleicht vom Land als Besitzer dieser Anlage etwas nachlässig gesehen wurde, so kann ich sagen, es wäre möglich. Aber zu behaupten, es sei in Steyr nichts geschehen, das muß ich mit aller Schärfe zurückweisen, weil tatsächlich durch unsere Aktivitäten dieser Übelstand abgestellt wurde und so etwas zukünftig hoffentlich nicht mehr passiert.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der ÖVP eine Wortmeldung? Keine. GAL? Bitte, Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Kollege Pimsl, es gibt sehr wohl eine Anlage in diesem eisenverarbeitenden Gewerbebetrieb, wo Aluminium durch Verbrennung von Altöl in überschaubare Formen gepreßt wird. Ich habe mir diese Anlage selbst angesehen. Es gibt schon lange einen Bericht am Magistrat, daß dies dort passiert, daß Altöl verbrannt wird. Auf meine Frage hin, ob Altöl an diese Firma geliefert worden ist, wurde dies bejaht. Wenn ich genügend Beweise dafür habe, werde ich mich selbstverständlich dafür einsetzen, daß man solche Sachen abschafft. Daß einfach Leute Altöl ankaufen und dieses dann wieder verkaufen, riesige Gewinne machen und Zentrifugen einfach nicht einsetzen, weil es eben Geld kostet. Dies ist mit Rechnungen belegt, hoffentlich scheinen dann diese Rechnungen auch beim Magistrat auf. Das sind Beweise genug, daß Altöl verkauft wird und verbrannt wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der FPÖ? Keine Wortmeldung.

Ich frage jetzt die FPÖ, ob sei ein Thema vorbereitet hat? Die FPÖ verzichtet, danke.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich darf Ihnen noch bekanntgeben, daß gemäß § 51 Abs. 3 des Stadtstatutes Beschlüsse im Ausmaß von S 1,777.700,- zur Kenntnis genommen wurden und daß bei den Verhandlungsgegenständen Beschlüsse im Gesamtausmaß von S 91,699.00,- gefaßt wurden. Insgesamt also ein Betrag von S 93,476.700,- heute behandelt bzw. zur Kenntnis genommen oder beschlossen wurde. Ich danke Ihnen herzlich für die Mitarbeit, die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz
e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Hermann Bachner e. h.
Roman Eichhübl e. h.